Jürgen Elvert

Geschichtswissenschaft

1. Zur Forschungslage

Unter den Historikern, die sich nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Imperiums mit der Frage nach der Rolle der eigenen Wissenschaft im „Dritten Reich“ befaßten, war Gerhard Ritter mit seinem Postulat von der Professorenenschaft, die auch in der nationalsozialistischen Diktatur mehrheitlich die Maßstäbe wissenschaftlicher Objektivität gewahrt habe¹, lange Zeit tonangebend. Da Ritter selber über jeden Verdacht der Kollaboration mit dem System erhaben war – er hatte stets erkennbare Distanz zum NS-Regime gewahrt und aufgrund seiner Nähe zum Widerstand sogar mehrere Wochen in Gestapo-Haft verbracht –, galt er als ein verlässlicher Zeuge. Zwar stand seinem aus der Rückschau gefällten Urteil manch kritisches Wort entgegen, das er in nationalsozialistischer Zeit über jene Kollegen gesprochen hatte, die, anstatt entschlossen gegen die Pseudo-Historie des „Dritten Reiches“ vorzugehen, lieber das „Weihrauchfaß“ geschwenkt hätten, doch schloß sich in den 1950er Jahren eine deutliche Mehrheit der Fachkollegen seinem eher milden Urteil bereitwillig an².

Ritters Urteil paßte in die Stimmung der unmittelbaren Nachkriegszeit. Diese war geneigt, den Nationalsozialismus mit einer Naturkatastrophe zu vergleichen, die über Deutschland hereingebrochen war, ohne daß die Deutschen etwas dagegen unternehmen konnten. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Rolle der Hochschullehrerschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus hätte dagegen in vielen Fällen eine Auseinandersetzung mit der eigenen Haltung gegenüber dem Scheitern der Republik und dem Aufstieg der NS-Diktatur bedeutet. Kritischere Stimmen gewannen erst seit den 1960er Jahren an Gewicht. Beispielsweise wies Karl Ferdinand Werner in seiner Studie über „Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft“³ auf zahlreiche Übereinstimmungen zwischen nationalsozialistischer Agitation und Darstellungen von

¹ *Gerhard Ritter*, Deutsche Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, in: GWU 1 (1950) 81–96 und 129–137.

² Vgl. dazu: *Karen Schönwälder*, Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus (Frankfurt a. Main 1992) 12 f.; im folgenden zitiert als: *Schönwälder*, Historiker.

³ *Karl Ferdinand Werner*, Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft (Stuttgart 1967).

dem Nationalsozialismus vermeintlich nicht nahestehender Historiker hin. Werner zufolge war dies freilich weniger die Folge opportunistischen Handelns, sondern das Resultat grundsätzlicher Übereinstimmung zwischen nationalsozialistischem und nationalkonservativem Denken. Davon abgesehen, betonte er wie andere kritische Historiker auch erneut die verbreitete Resistenz vieler Wissenschaftler gegenüber den Gleichschaltungsbestrebungen des NS-Systems, das auf die grundsätzliche Unvereinbarkeit im Denken nationalkonservativer – und damit zumeist auch anti-demokratischer – Historiker einerseits und der NS-Ideologie andererseits zurückzuführen sei⁴. Neben Werners Studie sorgte Helmut Heibers Arbeit über „Walter Frank und sein Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschland“ für Aufsehen, da es sich dabei eben nicht nur um die Innenansicht einer nationalsozialistischen Initiative handelte⁵, sondern sie in bis heute nicht wieder erreichter Dichte Einblick bot in das Handeln bzw. Funktionieren, den Erfolg und das Scheitern von Individuen und Netzwerken aus dem Bereich der Historiographie angesichts der nationalsozialistischen Machtübernahme und Herrschaftskonsolidierung⁶. So hatte Heiber unter anderem am Beispiel des Erfurter Historikertages von 1937 versucht, die Ambivalenz der deutschen Historiker gegenüber dem NS-System herauszuarbeiten und konstatiert, daß der Kongreß aus Sicht des Systems eine Pleite gewesen sei, da die Zunft keineswegs geschlossen das „bürgerliche Lager“ verlassen habe und auf die Seite der nationalsozialistischen Geschichtsschreibung gewechselt sei⁷.

Das von Werner und Heiber geprägte Bild einer Fachwissenschaft, die trotz mancher Affinitäten einzelner Wissenschaftler zum System insgesamt gesehen und eingedenk der relativen Einflußlosigkeit der Universitäten gegenüber Staat und Partei ihre Integrität durch demonstrative Betonung des elitär-wissenschaftlichen Eigencharakters als Abgrenzung zum vulgär-populistischen Wesen des Nationalsozialismus bewahren konnte, dominierte die Selbstwahrnehmung der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft bis Ende der 1980er Jahre. Erst die genauere Untersuchung der Rolle einzelner Universitäten, Universitätsinstitute und anderer Forschungseinrichtungen im Kontext der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ und Herrschaft sowie eine Reihe von Detailstudien über Spezifika der Geschichtsforschung und Forschergruppen in der nationalsozialistischen Zeit vermochten diesen weitgehenden Konsens zu erschüttern⁸. Die seither gesammel-

⁴ Zum Beispiel in: *Georg G. Iggers*, Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart (München 1971) 318ff. Siehe dazu auch: *Schönwälder*, Historiker 13f.

⁵ So die Einschätzung bei: *Schönwälder*, Historiker 13.

⁶ *Helmut Heiber*, Walter Frank und sein Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschland (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 13, Stuttgart 1966); im folgenden zitiert: *Heiber*, Reichsinstitut.

⁷ Ebd. 724 ff.

⁸ Eine Übersicht über die einschlägige Forschungsliteratur bieten: *Winfried Schulze*, *Gerd Helm*, *Thomas Ott*, Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Beobachtungen und Überlegungen zu einer Debatte; im folgenden zitiert als: *Schulze*, *Helm*, *Ott*, Historiker, in:

ten Erkenntnisse zwangen die Wissenschaft zu einem Auszug aus der idyllischen Selbstwahrnehmungsnische der „inneren Emigration“ und grundsätzlichen Resistenz gegenüber dem NS-System. Nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der „Abwicklung“ der DDR-Geschichtswissenschaft nach der deutschen Wiedervereinigung schien eine erneute Überprüfung der Rolle der eigenen Profession gegenüber dem Nationalsozialismus geboten. Der jahrzehntelange zurückhaltende Umgang mit dieser Frage wurde nun teils verdeckt, teils offen auch als der Versuch einiger führender Nachkriegshistoriker gewertet, ihre eigene Verstrickung in das System zu verschleiern⁹. Die „Zunft“ reagierte verunsichert auf Attacken, die die jahrzehntelange Selbstwahrnehmung als zumindest geschönt zu entlarven suchte. Nun schienen sogar so düstere Bilder nicht völlig aus der Luft gegriffen zu sein wie das Peter Schöttler, für den sich die Fachwissenschaft angesichts der nationalsozialistischen Machtergreifung insgesamt diskreditiert hatte:

„Die Selbst-Gleichschaltung der Universitäten und zumal der historischen Seminare funktionierte nahezu reibungslos. Überall stellten sich prominente Historiker in den Dienst der ‚nationalen Revolution‘, während die Jüngeren sich auf die Stellen drängelten, die durch anti-demokratische und antijüdische Zwangsmaßnahmen frei wurden [...] Als der Krieg schließlich da war, beteiligte sich fast die gesamte Zunft an der geistigen Mobilmachung [...] Nur wenige anfängliche Anhänger des Regimes verstummten angesichts von Terror und Katastrophe. Die meisten klammerten sich an ihre Illusionen und machten mit.“¹⁰

Nachdrücklich forderte Schöttler von der historischen Profession, das nachhaltige Versagen der deutschen Geschichtswissenschaft mittels Rekonstruktion von Netzwerken, Aufdeckung von Entscheidungsprozessen und Nennung der persönlich Verantwortlichen zu thematisieren. Der deutsche Historikerverband handelte entsprechend und widmete auf dem 42. Historikertag 1998 in Frankfurt/Main eine ganze Sektion diesem Thema. Die Kongreßbesucher honorierten diesen Entschluß mit ungewöhnlich reger Teilnahme.

Die seinerzeit gehaltenen Vorträge liegen zwischenzeitlich zusammen mit einigen anderen Beiträgen und den erweiterten Fassungen einiger Diskussionsbeiträge vor¹¹. Sie spiegeln dreierlei: Erstens zeigen sie, wie weit der Forschungsstand in dieser Frage bis heute gediehen ist – mittlerweile ruht unser Wissen über das Funktionieren nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik und Forschungsvorhaben ebenso wie die Beteiligung mancher in der Nachkriegszeit zu Ruhm und Ehren gelangter Historiker daran auf einer soliden Faktengrundlage. Zwei-

Winfried Schulze, Otto Gerhard Oexle (Hrsg.), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus* (Frankfurt a. M. 1999) 11–48, hier bes. 15 ff.

⁹ Hier sei an die Diskussion über einige prominente „Gründerväter“ der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft erinnert, namentlich an die über Theodor Schieder, Werner Conze und auch Karl Dietrich Erdmann. Daran erinnern z.B.: Schulze, Helm, Ott, in: Schulze, Helm, Ott, *Historiker* 16 f. und 21–27.

¹⁰ Peter Schöttler (Hrsg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945* (Frankfurt a. M. 1997) 7 f.; im folgenden zitiert als: *Schöttler, Geschichtsschreibung*.

¹¹ Schulze, Oexle, *Historiker*.

tens zeugen die Stellungnahmen mancher Schüler davon, daß ihre Lehrer offenbar die eigenen Beiträge zur nationalsozialistischen Forschungspolitik in der Nachkriegszeit nicht oder nur ungenügend thematisiert hatten. Drittens wird schließlich deutlich, daß mancher Forschungsansatz¹², der sich in der Nachkriegszeit etablieren konnte, bereits mit einigem Erfolg im Rahmen nationalsozialistisch geförderter Forschungsgroßvorhaben entwickelt und erprobt worden war. Viele der hier versammelten Aussagen bieten neue Erkenntnisse, doch auch nach der Lektüre der Beiträge des Bandes läßt sich die Frage nicht abschließend beantworten, ob die angeführten Beispiele als Hintergrund eines Bildes taugen, das die Geschichtswissenschaft insgesamt als eine weit über das bislang angenommene Maß hinaus das NS-System tragende Disziplin zeigt¹³. Weiterhin bleibt unklar, ob solche Bilder den damit verbundenen Vorwurf stützen, daß die Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik Deutschland die Rolle des eigenen Faches im Nationalsozialismus bislang nur unzureichend und zudem noch unzutreffend aufgearbeitet habe. Und schließlich gibt es nach wie vor keine überzeugende Antwort auf die Frage, ob viele in der Bundesrepublik zu Ruhm und Ehren oder wenigstens zu einer Anstellung gelangte Historiker, die ihre wissenschaftliche Sozialisation in den 20er und 30er Jahren erfahren hatten, diesen Teil ihrer eigenen beruflichen Vergangenheit nach 1945 bewußt verschleiert hatten oder nicht.

Jene, die angesichts der veränderten Beweislage eine grundlegende Neubewertung der Rolle der Geschichtsforschung im Nationalsozialismus fordern¹⁴, verweisen beispielsweise auf die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ als ein weitverzweigtes Netzwerk, von dem nach 1945 niemals mehr die Rede gewesen sei, obwohl in ihnen zwischen 1931 und 1945 viele hundert Historiker mitgearbei-

¹² Zu nennen wären hier z.B. die „Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft“, die „Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft“ sowie das „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“.

¹³ Das hängt auch damit zusammen, daß manche Beiträge zu diesem Thema Zweitaufgüsse bereits anderswo veröffentlichter älterer Beiträge enthalten. Hier sei auf die These Götz Aly verwiesen, daß der Holocaust als Ergebnis eines Zusammenwirkens lauter einzelner „Tatbeiträge“ in Intention und Vollzug gewesen sei – wobei er selber zugeben muß, daß sich manche „Beiträge“ nur schwer messen lassen. Ähnliches hatte Aly bereits 1991 in seinem zusammen mit Susanne Heim verfaßten Buch „Vordenker der Vernichtung“ behauptet, ohne daß die von beiden konstatierte „Zwangsläufigkeit“ und Homogenität des Zusammenwirkens verschiedenster Instanzen am Holocaust glaubwürdiger geworden wäre – es sei denn, man einigt sich auf einen so allgemeinen Nenner wie die Aussage, daß alle im Nationalsozialismus bestehenden Institutionen letztlich zu dessen Stabilisierung beigetragen hätten und damit auch für den Holocaust in die Verantwortung genommen werden mußten (Götz Aly, *Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die Pläne für eine neue europäische Ordnung* [Hamburg 1991]). Auch Peter Schöttlers These von der direkten Verbindungslinie zwischen „rheinischer Landesgeschichte und ‚nazistischer Volksgeschichte‘“ war schon 1997 in seinem Beitrag über „Die historische „Westforschung“ zwischen „Abwehrkampf“ und territorialer Offensive publiziert worden (in: *Schöttler, Geschichtsschreibung* 204–262).

¹⁴ Hier wäre wiederum Peter Schöttler zu nennen, ebenso ist auf die Beiträge von Wolfgang J. und Hans Mommsen in *Schulze, Oexle*, Historiker zu verweisen. Wolfgang J. Mommsen hatte schon 1992 eine Neubewertung der Rolle der Historiker im Nationalsozialismus gefordert. Vgl. dazu den von ihm verfaßten „Klappentext“ zu: *Schönwälder, Historiker*.

tet hätten¹⁵. Die These vom Netzwerk aus „hundertten Historikern“ stützt sich u.a. auf die Studien Willi Oberkromes zur „Volksgeschichte“. Dieser weiß in bezug auf das zweifellos ambitionierte Projekt eines „Handwörterbuchs des Grenz- und Auslandsdeutschtums“ in der Tat von 46 Teilredaktionen und etwa 800 Mitarbeitern zu berichten¹⁶. Allerdings repräsentierten diese 800 Mitarbeiter, wie er schreibt, „ein gutes Dutzend Einzelfächer“¹⁷, was dazu führte, daß bei der Realisierung einer „Volkstumsgeschichte ... in der Linie des Nationalsozialismus“ öfters eher Soziologen als Historiker zum Zuge gekommen seien¹⁸. Oberkromes Arbeit bietet zweifellos einen guten Einblick in das Funktionieren der nationalsozialistischen Forschungspolitik. Ohne daß hier eine abschließende Gewichtung der Beiträge der Einzeldisziplinen an diesem oder an anderen Großprojekten vorgenommen werden könnte, zeigt er das Ausmaß der Instrumentalisierung von Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften durch das NS-System, das die so gewonnenen Forschungserkenntnisse unter anderem im Rahmen der eigenen Versuche zur Neuordnung Europas im Sinne eines nationalsozialistischen großgermanischen Reiches nutzen wollte¹⁹. Daran waren Historiker in vielerlei Hinsicht beteiligt. Ihre Beiträge reichten von der allgemeinen historischen Legitimation des deutschen Herrschaftsanspruches über bestimmte Gebiete Europas oder auch den ganzen Kontinent bis zur Erstellung von Siedlungskarten zur Bestimmung von Siedlungsstrukturen und -bewegungen in Mittel- und Osteuropa und daraus abgeleiteten Vorschlägen für Aus-, Neu- und Umsiedlungsmaßnahmen in dieser Region.

Damit leisteten sie dem System zweifellos gute Dienste. Ob sie in diesem Kontext aber eine im Vergleich zu anderen Geisteswissenschaften besonders hervorragende Stellung als „Vordenker“ nationalsozialistischer Volkstumspolitik im Westen oder Osten eingenommen hatten, bleibt zweifelhaft, auch wenn manche neueren Arbeiten diesen Eindruck erwecken²⁰. Plausibler erscheint die Annahme, daß sich Historiker – als Repräsentanten der historischen Perspektive – ebenso wie Vertreter anderer Disziplinen²¹ auszeichnet in die für den Nationalsozialis-

¹⁵ *Schöttler*, *Geschichtsschreibung* 14.

¹⁶ *Willi Oberkrome*, *Geschichte, Volk und Theorie*. Das „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“, in: *Schöttler*, *Geschichtsschreibung* 104–127; hier: 109.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ *Willi Oberkrome*, *Volksgeschichte*. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945 (*Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft* 101, Göttingen 1993) 183.

¹⁹ Zu den nationalsozialistischen Plänen und Versuchen zur Um- und Neugestaltung Europas siehe auch: *Jürgen Elvert*, *Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918–1945)* (*Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft* 35, Stuttgart 1999) hier besonders 309ff; im folgenden zitiert: *Elvert*, *Mitteleuropa*.

²⁰ Als Beispiel dafür sei hier Ingo Haars Untersuchung über die Beteiligung deutscher Historiker an der nationalsozialistischen „Ostforschung“ genannt: *Ingo Haars*, *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten* (Göttingen, Zürich 2000).

²¹ Hier wären neben der Geschichtswissenschaft (unter besonderer Betonung von politik-, kultur- und ideengeschichtlichen Aspekten) insbesondere Soziologie, Geographie, Ökono-

mus zur Realisierung des Lebensraumgedankens so wichtige „Volkstumswissenschaft“ oder „Volksforschung“ einpassen ließen. Dabei handelte es sich jedoch keineswegs um einen genuin nationalsozialistischen Forschungsansatz, sondern um ein interdisziplinär angelegtes Forschungskonzept, das bereits in den frühen 1920er Jahren entwickelt worden war, als es darum ging, das nach dem Ersten Weltkrieg neuentstandene Problem der deutschen Minderheiten in den Staaten Ostmittel-, Südost- und Osteuropas im Sinne des Weimarer Revisionismus zu lösen. Ein Blick auf die Personalstruktur der deutschen Geschichtswissenschaften in den 1920er und 1930er Jahren zeigt, daß viele „Volkstumshistoriker“ bereits vor der nationalsozialistischen Machtübernahme tätig waren, und andere, die nach 1933 eine Anstellung erhielten, aus ihrer Schule stammten²². Ihr Forschungsansatz wurde nach der nationalsozialistischen Machtergreifung beibehalten und weiterentwickelt, da er sich zur wissenschaftlichen Untermauerung der nationalsozialistischen Lebensraumideologie und den damit verbundenen Überlegungen zur Neugestaltung Europas eignete, die ihrerseits in vielerlei Hinsicht an die vor 1933 von der Volkstumsforschung gewonnenen Erkenntnisse anknüpften und aufbauten.

Als Mitwirkende an der „Volksforschung“ stellten viele junge Historiker ihre Forschungstätigkeit in den Dienst des NS-Systems. Über ihre Gründe wissen wir wenig. Sie deshalb aber pauschal als „NS-Historiker“ zu bezeichnen und ihnen damit eine wenigstens indirekte Beteiligung am Holocaust zuzusprechen, führt allerdings in eine hermeneutische Sackgasse, zumal dieser Ansatz von vornherein jede tiefergehende Motivsuche als implizit apologetisch zu diskreditieren sucht. Eine einleuchtende Erklärung für bestimmte Verhaltensmuster mancher Historiker scheint nur noch in Verbindung mit psychologischen bzw. psychoanalytischen Ansätzen möglich zu sein²³, zumal sich die „volksforschenden“ Historiker in ihrem Verhältnis zum NS-Staat noch in mancherlei Hinsicht von den reinen Fachwissenschaftlern unterscheiden. Deren Systemkonformität wurde von führenden NS-Ideologen bis zum Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ eher kritisch bewertet. Sie gingen noch in der Spätphase des Zweiten Weltkrieges davon aus, die Gleichschaltung der Geschichtswissenschaften auf die Nachkriegszeit verschieben zu müssen, da es auch weiterhin deutliche Diskrepanzen zwischen den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Historiographie und den Vorstellungen der NS-Ideologie gebe²⁴. Aber auch vorher hatten NS-Dienststellen immer wie-

mie, Sprachwissenschaft, Religionswissenschaft und Kunstgeschichte zu nennen, ohne daß mit dieser Reihung bereits eine Wertung oder gar Vollständigkeit angestrebt werden würde.

²² Dazu nach wie vor äußerst hilfreich: *Wolfgang Weber*, *Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800–1970* (Frankfurt a. M., Bern, New York 1984); im folgenden zitiert: *Weber*, *Priester*.

²³ Diesen Ansatz hat Ursula Wolf durchaus erfolgreich genutzt in: *Ursula Wolf*, *Die Zeiger der Geschichte rückten in eine neue Stunde vor*, in: *Wolfgang Bialas, Manfred Gangl* (Hrsg.), *Intellektuelle im Nationalsozialismus* (Frankfurt a. M. usw. 2000) 325–355; hier bes. 344–355.

²⁴ *Ursula Wiggershaus-Müller*, *Nationalsozialismus und Geschichtswissenschaft. Die Geschichte der Historischen Zeitschrift und des Historischen Jahrbuchs von 1933–1945* (Stu-

der die ideologische Unzulänglichkeit historischer Arbeiten beklagt und daraus eine völlige Fremdheit der Geschichtswissenschaftler gegenüber der nationalsozialistischen Geschichtsauffassung abgeleitet²⁵.

Der hier nur angedeutete Widerspruch spiegelt sich auch in der neueren Forschung. Offensichtlich erlauben die historischen Fakten grundsätzlich verschiedene, ja einander geradezu ausschließende Interpretationen. Auf der einen Seite wird ein beinahe geschlossenes Einschwenken der deutschen Historikerschaft auf die nationalsozialistische Linie konstatiert und damit eine radikale Neubewertung der Rolle der Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus vorgenommen. Diese steht in einem krassen Gegensatz zu der traditionellen Sicht, die seit den 1960er Jahren von einer nur geringen institutionellen und personellen Verflechtung der Historikerschaft mit dem System ausgegangen war. Sie steht jedoch auch im Widerspruch zu neueren Untersuchungen. So hat zum Beispiel Ursula Wolf in ihrer Studie aus dem Jahr 1996 darauf hingewiesen, daß die Inhaber von historischen Lehrstühlen zwischen 1933 und 1945 durchaus keine homogene Gruppe darstellten, und daraus gefolgert, daß es „den“ Historiker mit einer typischen Verhaltensweise im „Dritten Reich“ nicht gegeben habe²⁶. Ursula Wiggershaus-Müller ergänzte dies 1998 mit der Feststellung, daß die Historiker der NS-Ideologie nur solange folgten, wie sie mit ihren eigenen politischen Interessen zu verbinden war. Wenn sie diese bedroht sahen, hätten sie hingegen die Anpassung verweigert²⁷. Wolf betonte in ihrer Untersuchung zudem, daß die Rolle der Historiker im Nationalsozialismus nicht mit unseren heutigen Maßstäben und aus der sicheren Position der Nachgeborenen be- und verurteilt werden könne, sondern sie nur aus ihrer Zeit heraus verstehbar seien²⁸. Peter Schöttler hingegen hält diese Vorgehensweise für absurd und verlangt statt dessen, ausschließlich solche Maßstäbe gelten zu lassen, die seinerzeit in den meisten europäischen Ländern selbstverständlich waren und auch den Bewohnern des Deutschen Reiches – zumal gebildeten Geschichtsprofessoren – durchaus bekannt gewesen seien. Als Beispiel dafür nennt er die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte aus dem Jahre 1789²⁹. Der Problematik eben dieses Bezugs scheint er sich aber nicht bewußt zu sein – denn bekanntlich wollten sich die deutschen Historiker mehrheitlich gerade nicht in eine Traditionslinie stellen, die bis „1789“ zurückreichte. Statt dessen hatten sie schon unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg eine klare Trennung von den als „westlich“ abgelehnten Wertvorstellungen gesucht und die Besinnung auf die

dien zur Zeitgeschichte 17, Hamburg 1998) 265; im folgenden zitiert: *Wiggershaus-Müller, Nationalsozialismus*.

²⁵ Ebd.

²⁶ *Ursula Wolf, Litteris et patriae. Das Janusgesicht der Historie* (Frankfurter Historische Abhandlungen 37, Stuttgart 1996); im folgenden zitiert: *Wolf, Litteris*.

²⁷ *Wiggershaus-Müller, Nationalsozialismus* 267.

²⁸ Ebd. 24.

²⁹ *Peter Schöttler, Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte oder Die „unhörbare Stimme des Blutes“, in: Schulze, Oexle, Historiker 89–113; hier 92f.*

besonderen „Werte von 1914“ gefordert, um deren Verwirklichung Deutschland schon im „Weltkrieg“ gekämpft habe³⁰.

Der offensichtliche Zwiespalt zwischen den hier nur grob skizzierten Geschichtsinterpretationen führt unversehens an den Rand eines anderen altvertrauten Terrains, der „Sonderwegsdiskussion“ der 1980er Jahre – diesmal freilich unter veränderten Vorzeichen. Denn während seinerzeit die These vom „deutschen Sonderweg“ in der Geschichte als Erklärungsversuch für den nationalsozialistischen Erfolg formuliert und die Perspektive von dem Jahrzehnt nationalsozialistischer Herrschaft auf einen ungleich größeren Zeitraum erweitert wurde, der gelegentlich bis 1848/49 oder sogar bis 1806 zurückreichen konnte, reduzieren die Verfechter des radikalen Neubewertungsansatzes die Perspektive nun wieder auf den Zeitraum 1933–1945. Damit jedoch ignorieren sie bewußt oder unbewußt alle Erkenntnisse, die die Geschichtsforschung seit den 1980er Jahren unter Nutzung der weiteren Perspektive gewonnen hatte. Seinerzeit konnte sich bei aller Gegensätzlichkeit der Standpunkte ein Kriterium als verbindend herausbilden: Ein angemessenes Verständnis des Phänomens „Nationalsozialismus“ in der deutschen Geschichte ist nur dann möglich, wenn man es im weiteren historischen Kontext, also zumindest unter Berücksichtigung der Weimarer Jahre, untersucht und nicht aus diesem herauslöst. Die gleiche Forderung muß auch für die Behandlung der Frage nach der Rolle der deutschen Geschichtsforschung im Nationalsozialismus gelten, geht es dabei doch um nicht weniger als die Suche nach der Verantwortung deutscher Historiker für die nationalsozialistische Machtübernahme und Herrschaftskonsolidierung.

Hier erscheint es als zu kurz gegriffen, vermeintliche Kontinuitätslinien gegebenenfalls über das Jahr 1945 hinaus in die bundesdeutsche Forschungslandschaft zu ziehen, ohne danach zu fragen, wie es denn vor 1933 ausgesehen hatte. Das wird auch von den meisten Anhängern des Neubewertungsansatzes so gesehen³¹. So verweist Wolfgang J. Mommsen explizit auf den Stellenwert „konservativ-revolutionärer“ Argumente und Forderungen im Denken vieler Intellektueller der 1920er Jahre und betont auch, daß viele der deutschen Historiker, die sich nach 1933 in den Dienst der nationalsozialistischen Ostpolitik stellten, vorher keineswegs dem Nationalsozialismus nahestanden hätten³². Am Beispiel Theodor

³⁰ Vgl. dazu z. B. *Doris von der Brelie-Lewien*, Der Aufstieg des Nationalsozialismus – unvermeidliches Ende des „deutschen Sonderwegs“ in Europa?, in: *Helga Grebing* (u. Mitarbeit v. *D. v. d. Brelie-Lewien, H.-J. Franzen*), Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806–1945. Eine Kritik (Stuttgart 1986) 138–193; hier bes. 160–164.

³¹ Peter Schöttler freilich scheint an einer solchen Perspektivenerweiterung nicht interessiert zu sein. Seine entsprechenden Untersuchungen können zwar die Jahre vor 1933 nicht gänzlich ausschließen, sie konzentrieren sich aber wesentlich auf die NS-Jahre. In seiner immerhin 57-seitigen Studie über Die historische „Westforschung“ zwischen „Abwehrkampf“ und territorialer Offensive (in: *Schöttler*, Geschichtsschreibung 204–261) widmet er nur sieben einleitende Seiten dem Zeitraum vor 1933. Dabei schreibt er eingangs selber, daß nicht Versailles am Anfang der deutschen „Westforschung“ stehe, sondern der Mythos vom französischen „Erbfeind“, und daß ihre Geschichte deshalb bereits im 19. Jahrhundert beginne.

³² *Wolfgang J. Mommsen*, Vom „Volkstumskampf“ zur nationalsozialistischen Vernich-

Schieders vermag er den Einfluß des „völkischen“ Denkens der „konservativen Revolutionäre“ auf den akademischen Nachwuchs der 1920er Jahre aufzuzeigen und zu belegen, daß die Annäherung an das NS-System aus dieser Perspektive erfolgte, weil viele damit die Hoffnung verknüpften, die eigenen völkischen und ständestaatlichen Ideale unter dem Dach des Nationalsozialismus endlich verwirklichen zu können. Wie andere rechtsintellektuelle Antidemokraten Weimars war Schieder bereit, mit dem Nationalsozialismus zu kollaborieren, ohne damit zugleich zu einem überzeugten Nationalsozialisten zu werden³³. Und wie andere „innere Kollaborateure“ auch war er schließlich unter dem Eindruck der ersten Kriegserfolge der Wehrmacht bereit, „den Rubikon zu überschreiten“ und die eigene Arbeitskraft in den Dienst der nationalsozialistischen Neuordnungspolitik in Ostmittel- und Osteuropa zu stellen³⁴. Dennoch sei es unangemessen, so Mommsens Fazit, Schieder und seine Mitstreiter Werner Conze oder Erich Maschke deshalb als „Vordenker der Vernichtung“ zu bezeichnen³⁵.

Mommsens Beitrag zeigt anschaulich, wie wichtig die auf die Zwischenkriegszeit erweiterte Perspektive für die dieser Untersuchung zugrundeliegende Fragestellung ist. Aus einer anderen Perspektive fordert Gerd Krumeich Ähnliches. Er konstatiert mit Recht, daß die Geschichtswissenschaft das institutionelle und mentale Fortwirken des Ersten Weltkriegs bislang zu wenig beachtet habe³⁶. Dieses Manko bezieht er ausdrücklich auch auf die Rolle und den Einfluß der Historiker der 20er und 30er Jahre sowie deren Weltkriegsforschung. Allein ihr Kampf gegen die „Kriegsschuldlüge“ scheine aufgearbeitet zu sein, ihre (und anderer) Beteiligung bei der Herausbildung zum Beispiel eines neuen „völkischen“ Antisemitismus als Massenbewegung mit Wurzeln in der Kriegs- und Nachkriegsfrustration hingegen sei noch nicht wirklich klar³⁷. Andere noch weitgehend brachliegende Forschungsfelder sieht Krumeich bei der Behandlung von Fragen nach der Fernwirkung des Kriegsrechts, der Verantwortung der Kirchen für den Transport von Ideologemen und dem Jargon der Kriegszeit auf die nachkriegszeitliche Bekämpfung des Sowjetkommunismus³⁸. Man könnte diese Liste problemlos erweitern – hier sei zum Beispiel das Weiterwirken bestimmter Vorstellungen über Deutschlands Rolle als mitteleuropäische Ordnungs- und Hegemonialmacht an-

tungspolitik in Osteuropa. Zur Rolle der deutschen Historiker unter dem Nationalsozialismus, in: *Schulze, Oexle*, Historiker 183–214; hier 183; im folgenden zitiert: *W. J. Mommsen*, Volkstumskampf.

³³ Mommsen zeigt dies am Beispiel der nur wenigen überlieferten öffentlichen Aussagen Schieders zugunsten des NS-Systems. Ebd. z.B. 193.

³⁴ *W. J. Mommsen*, Volkstumskampf 204.

³⁵ Ebd.

³⁶ Das Problem wurde thematisiert auf der von Gerd Krumeich geleiteten Sektion „1918: Das Ende des Weltkrieges?“ auf dem Frankfurter Historikertag von 1998. Vgl. dazu den Berichtsband zum 42. Deutschen Historikertag: *Marie-Luise Recker, Doris Eizenhöfer, Stefan Kamp* (Hrsg.), Intentionen – Wirklichkeiten. 42. Deutscher Historikertag in Frankfurt/Main (München 1999) hier 230–236.

³⁷ Ebd. 230f.

³⁸ Ebd.

gedeutet. Entsprechende Überlegungen hatten schon die Kriegszieldiskussion 1914 bestimmt, wir treffen sie in den 1920er Jahren wieder, teilweise sogar in noch schärferer Form als 1914, und sie beeinflussten in erheblichem Maße die zwischen 1933 und 1945 geführte Diskussion über die europäische Neuordnung nach nationalsozialistischem Gusto³⁹.

2. Zur Struktur der deutschen Geschichtsforschung 1930 bis 1945

2.1. *Zur Vorgehensweise*

Im folgenden geht es um den Versuch einer Standortbeschreibung der deutschen Geschichtsforschung der Zwischenkriegszeit. Das Rahmenthema läßt eine perspektivische Verengung auf den Zeitraum 1930 bis 1945 als sinnvoll erscheinen. Auch wenn damit die strukturelle und personelle Entwicklung der 1920er Jahre weitgehend ausgeklammert wird, erscheint der gewählte Zeitraum insofern als ausreichend, weil er die personellen und institutionellen Kontinuitäten und Brüche in der nationalsozialistischen Zeit sichtbar werden läßt. Dabei ist aufgrund ansonsten ungenügender Materiallage eine Beschränkung auf die historischen Lehrstühle erforderlich. Eine Berücksichtigung des gesamten Personalbestandes aus dem Bereich „Geschichtswissenschaft“ mitsamt seiner vom NS-System vorgenommenen Veränderungen ist wegen des immer noch heterogenen Forschungsstandes zur Rolle der Universitäten im deutschsprachigen Raum und hier besonders im Deutschen Reich in diesem Rahmen nicht möglich. Doch sei bei dieser Gelegenheit ausdrücklich die Notwendigkeit eines entsprechend umfassenden Zugriffs auf die strukturelle wie personelle Entwicklung der deutschen Universitäten mittels eines einheitlichen Fragerasters und bezogen auf alle jeweils angebotenen Fächer betont. Erst wenn eine solche Übersicht vorliegt, wird eine in jeder Hinsicht angemessene Bewertung der Rolle der deutschen Universitäten im Kontext der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik möglich sein⁴⁰. Der (eingeschränkt) quantifizierende und qualifizierende Zugriff auf das Thema schließt zugleich die besondere Hervorhebung einzelner Persönlichkeiten aus, eine Namensnennung im thematischen Kontext erfolgt nur dann, wenn die betreffende Person als exemplarisch für eine bestimmte Haltung oder Sichtweise angesehen wird. Deshalb wird in dieser Untersuchung nicht weiter auf die derzeitige Diskussion über das Verhalten einzelner Historiker im Nationalsozialismus eingegangen – wir wissen noch zu wenig darüber, um entsprechende Verhaltensweisen als „typisch“ für eine bestimmte Gruppe bezeichnen zu können. Auch wird sich diese

³⁹ Vgl. die entsprechenden Hinweise in: *Elvert*, Mitteleuropa.

⁴⁰ Der Verfasser dieses Beitrages hat ein entsprechendes Forschungsprojekt konzipiert, an dem insgesamt 38 Disziplinen beteiligt sind. Erste Ergebnisse sind voraussichtlich Anfang 2003 zu erwarten.

Untersuchung nicht eingehend mit der Frage der sog. „Volksforschung“ oder „Volkstumsforschung“ befassen, die zwischen 1933 und 1945 in mehreren Großprojekten betrieben wurde. Denn auch wenn daran ohne Zweifel Historiker beteiligt waren, handelte es sich um interdisziplinäre Projekte unter Einfluß des gesamten Spektrums der Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften. Es bedarf erst einer wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden, ebenso quantifizierenden wie qualifizierenden Erforschung dieser Projekte, bevor ein abschließendes Urteil über die Rolle der beteiligten Historiker gefällt werden kann⁴¹. Statt dessen wird sich diese Untersuchung auf das Verhältnis von Historikern als Vertretern einer Fachwissenschaft zum Nationalsozialismus beschränken, um so ein möglichst aussagekräftiges und differenziertes Bild von der „Rolle der Geschichtswissenschaft“ als einer Geisteswissenschaft im „Dritten Reich“ zu zeichnen.

2.2. Übersicht über die Geschichtslehrstühle an deutschsprachigen Universitäten (1930–1945)

(Tabelle S. 98–108, Auflösung der Siglen im namentlichen Verzeichnis der Historiker am Ende des Beitrages)

Die hier zur Quantifizierung genutzten statistischen Angaben sind weitgehend der von Wolfgang Weber angestellten Untersuchungen zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Entwicklung der Geschichtswissenschaft in Deutschland zwischen 1800 und 1970 entnommen⁴². Weber hat sich in seiner umfassenden Auswertung des zur Verfügung stehenden Datenmaterials nicht nur Verdienste um die Rekonstruktion der Entwicklung der deutschen Geschichtsforschung erworben, ihm ist es darüber hinaus auch gelungen, personenbezogene Netzwerke und „Schulen“ aufzuzeigen, die teilweise über einen bemerkenswert langen Zeitraum (vier und mehr Schülergenerationen) wirken konnten. Auch wenn er in vielen Fällen nur Vermutungen über die Rolle persönlicher Beziehungen bei Berufungen anstellen konnte, liefern die von ihm herausgearbeiteten Verflechtungen insgesamt gesehen doch ein bemerkenswert dichtes Bild. So wird beispielsweise deutlich, daß bei Neubesetzungen von Lehrstühlen in nationalsozialistischer Zeit zwar mehrfach die Frage der Parteimitgliedschaft eine Rolle gespielt hatte, daneben jedoch auch die jeweiligen Netzwerke noch weiter wirkten. Daß sich die Situation bei jenen Lehrstühlen anders darstellte, die nach 1933 neu geschaffen wurden, überrascht hingegen nicht. Wie die nachfolgende Übersicht über die Geschichtslehrstühle an deutschsprachigen Universitäten zeigt, kamen hier fast ausschließlich Parteigenossen zum Zuge. Trotzdem spielte auch in diesen Fäl-

⁴¹ Ansatzweise versucht dies: *Michael Fablbusch*, Die „Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft“. Politische Beratung und NS-Volkstumspolitik, in: *Schulze, Oexle*, Historiker 241–264.

⁴² *Weber*, Priester.

[illegible]

Universität/Jahr	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Hist. Hilfswiss.	LS	LS	LS	LS	LS	LS	LS	LS	LS	LS	LS	LS	LS	LS	HA1 (ao)	HA1 (ao)
Mitrl. u. Neuere Geschichte, Ost- europ. G.					HU	HU	HU	HK	HK	HK	HK					
Alte Geschichte	EK	EK	EK	EK	EK	EK	EK	JV	JV	JV	JV	AH (ao)	AH (ao)	AH	AH	AH
<i>TH Danzig</i>																
Neuer. Gesch.	FL	FL	FL	FL	FL	FL	WR	WR	WR	WR	WR	WR	WR	WR	WR	WR
<i>TH Dresden</i>																
Geschichte	JK	JK	JK	JK	JK	JK	JK	JK	JK	JK	JK	JK	JK	JK	JK	JK
<i>Erlangen</i>																
Alte Geschichte	AS1	AS1	AS1	AS1	AS1	AS1	WE2	WE2	WE2	WE2	WE2	WE2	WE2	WE2	JS (ao)	JS (ao)
Neuere und Neueste Ge- schichte	OB (ao)	OB (ao)	OB (ao)	OB (ao)	OB (ao)	OB	LZ (ao)	LZ (ao)	LZ (ao)	LZ	LZ	LZ	LZ	LZ	LZ	LZ
Mitrl. Gesch., Hist. Hilfswiss.	BS	BS	BS	BS	BS	BS	BS	EG	EG	EG	EG	EG	EG	EG	EG	EG
<i>Frankfurt/Main</i>																
Mitrl. u. Neuere Geschichte, Hist. Hilfsw. 1	FS1	FS1	FS1 / EK1	EK1	EK1											
Mitrl. u. Neuere Geschichte	GK1	GK1	GK1	GK1	GK1	WP	WP	WP	WP	WP	WP	WP	WP	WP	WP	WP
Alte Geschichte	MG	MG	MG	MG	MG	MG	MG	MG	MG	MG	MG	MG	MG	MG	MG	MG
Mitrl. u. Neuere Geschichte, Hist. Hilfsw. 2	WP	WP	WP	WP	WP	PK	PK	PK	PK	PK	PK	PK	PK	PK	PK	PK
<i>Freiburg i. Br.</i>																
Mitrl. Gesch., Hist. Hilfswiss.	EC	HH	HH	HH	HH	TM	TM	TM	TM	TM	HWK (ao)	HWK (ao)	HWK (ao)	HWK	GT	GT

[illegible]

Universität/Jahr	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Allgemeine Geschichte	AH2	AH2	AH2	AH2	AH2	AH2	AH2	AH2	AH2	AH2	AH2	AH2	AH2	AH2	AH2	AH2
Hist. Geogr.	FC	FC	FC	FC	FC	FC	FC	FC	FC	FC		FM1 (ao)	FM1 (ao)	FM1 (ao)	FM1 (ao)	FM1 (ao)
<i>Halle-Wittenberg</i>																
Neuer. Gesch.	OB1		SAK	SAK	SAK	SAK			WF	WF	WF	WF	WF		CH (ao)	CH (ao)
Mittlere Geschichte, Hist. Hilfswiss.	RH	WH1	WH1	WH1	WH1	WH1	WH1	ML1 (ao)	ML1 (ao)	ML1 (ao)	ML1 (ao)	ML1 (ao)	ML1 (ao)	ML1 (ao)	ML1	ML1
Alte Geschichte	WW	WW	RL	RL	RL											
<i>Hamburg</i>																
Mittlere und Neuere Geschichte	JH	JH	JH	JH	JH	JH	JH	JH	JH	JH	EA	EA	FF (ao)	FF (ao)	FF (ao)	FF (ao)
Mittlere und Neuere Geschichte, Hist. Hilfswiss.	FK2	FK2	FK2	FK2	OW	OW	OW	OV (ao)	OV (ao)	OV (ao)	OV	OV	OV	OV	OV	OV
Osteurop. Geschichte	RS1	RS1	RS1	RS1	RS1											
Alte Geschichte	EZ1	EZ1	EZ1	EZ1	EZ1	EZ1	EZ1	EZ1		HR (ao)	HR (ao)	HR	HR	HR	HR	HR
Mittlere und Neuere Geschichte 2	GAR (ao)	GAR (ao)	GAR (ao)	GAR (ao)	GAR	GAR	GAR	GAR	GAR	GAR	GAR	GAR	GAR	GAR	GAR	GAR
Hansische Geschichte											PJ (ao)	PJ (ao)	PJ (ao)	PJ (ao)	PJ (ao)	PJ (ao)
<i>Heidelberg</i>																
Mittlere Geschichte, Hist. Hilfswiss.	KH	KH	KH	KH	KH	GF (ao)	GF (ao)	FE	FE	FE	FE	FE	FE	FE	FE	FE
Alte Geschichte	ET	ET	ET	ET		FS3	FS3	FS3	FS3	FS3	FS3	HS	HS	HS	HS	HS

[illegible]

Universitäts/Jahr	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Mittlere (und Neuere) Ge- schichte	FR	FR	FR	FR	FR	FR	ML1 (ao)	KS2	KS2	KS2	KS2 (ao)	KJ (ao)	KJ (ao)	KJ	KJ	KJ
Nordische Ge- schichte, Landes- geschichte	OS	OS	OS	OS	OS	OS	OS	OS	OS	OS	OS	OS	OS	OS	OS	OS
<i>Köln</i>																
(Mittlere) und Neuere Geschichte	MS	MS	MS	MS	MS	MS	MS	MS	MS	MS	MS	PR	PR	PR	PR	PR
Mittlere (und Neuere) Ge- schichte, Hist. Hilfswiss.	GK2	GK2	GK2	GK2	GK2	GK2	GK2	GK2	GK2	GK2	GK2	GK2	GK2	GK2	GK2	GK2
(Mittlere) und Neuere Geschichte	JZ	JZ	JZ	JZ	JZ	JZ	JZ	JZ	JZ	JZ	JZ	JZ	JZ	JZ	JZ	JZ
Alte Geschichte	JH1	JH1	JH1	JH1	JH1	JH1	JH1	JH1	JH1	LW	LW	LW	LW	LW	LW	LW
Geschichte der Niederlande													FP	FP	FP	FP
Wirtschafts- und Sozialgeschichte	BK	BK	BK	BK	BK											
<i>Königsberg</i>																
Mittlere Ge- schichte	FB	FB	FB	FB	FB	FB	FB	FB	FB	FB	HG1	HG1	HG1	HG1	HG1	
Alte Geschichte	OL	OL	OL	OL	OL	LW (ao)	LW (ao)	LW (ao)	LW (ao)	LW (ao)	KS1 (ao)	KS1 (ao)	KS1 (ao)	KS1 (ao)	KS1 (ao)	KS1 (ao)
Neuer. Gesch. Osteurop. Ge- schichte	HR2 MW (ao)	HR2 MW (ao)	HR2 MW (ao)	HR2 MW (ao)	HR2 MW (ao)	HK	HK	HK	KP	KP	KVR	KVR	KVR	TS	TS	TS
<i>Leipzig</i>																
Mittlere und Neuere Geschichte	WG	WG	WG	WG	WG											
Allgemeine Ge- schichte, Neuzeit	EB2	EB2	EB2	EB2	EB2	EB2	OV1 (ao)	OV1 (ao)	OV1 (ao)	OV1	OV1	OV1	OV1	OV1	OV1	OV1

Universität/Jahr	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Allgemeine Ge- schichte, Mittel- alter	SH	SH	SH	SH	HH	HH	HH	HH	HH	HH	HH	HH	EM3	EM3	EM3	EM3
Alte Geschichte (Süd-) Ost- europäische Ge- schichte	HB FB3	HB FB3	HB FB3	HB FB3	HB FB3	HB	HB	HB	HB	HB GS1 (ao)	HB GS1 (ao)	HB GS1 (ao)	HB GS1 (ao)	HB GS1 (ao)	GS1 (ao)	GS1 (ao)
Hist. Geographie (ao)	RK	RK	RK	RK	RK	RK	AH3	AH3	AH3	AH3	AH3	AH3	WS3 (ao)	WS3 (ao)	WS3 (ao)	WS3 (ao)
<i>Marburg</i>																
Neuere Ge- schichte	WM	WM	WM	WM	WM	WM	WM	WM	WM	WM	WM	WM	WM	WM	WM	WM
Alte Geschichte	AVP	AVP	AVP	AVP	AVP	AVP	FT1	FT1	FT1	FT1	FT1	FT1	FT1	FT1	FT1	FT1
Mittlere Ge- schichte, Hist. Hilfswiss.	EES	EES	EES	EES	EES	EES	EES	EES	TM	TM	TM	TM	TM	EES	EES	EES
Mittlere Ge- schichte, Hist. Hilfswiss. (WISO)	RH1															
<i>U München</i>																
Neuere Ge- schichte	AOM	AOM	AOM	AOM	AOM	AOM	KAM	KAM	KAM	KAM	KAM	KAM	KAM	KAM	KAM	KAM
Mittlere (und Neuere) Ge- schichte, Hist. Hilfswiss.	HG3	HG3	HG3	HG3	HG3	HG3	MB1	MB1	MB1	MB1	MB1	MB1				
Landes- geschichte	KAM	KAM	KAM	KAM	KAM	KAM	KAM	KAM	KAM	KAM	KAM	KAM	KAM	KAM	KAM	KAM
Alte Geschichte	WO	WO	WO	WO	WO	WO	WO	WO	WO	WO	WO	WO		HB	HB	HB
Hist. Hilfswiss.	RVH (ao)	RVH (ao)	RVH	RVH	RVH	RVH	RVH	RVH	RVH	RVH	RVH	RVH	RVH	RVH	RVH	RVH
Neuere Ge- schichte							UC (ao)	UC (ao)	UC (ao)	UC (ao)	UC (ao)	UC	UC	UC	UC	UC

Universitäts/Jahr	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Europäische Geistesgeschichte												EW1	EW1	EW1	EW1	EW1
<i>Rostock</i>																
Mittlere und Neuere Geschichte	HS3	HS3	HS3	HS3	HS3	HM (ao)	HM (ao)	HM (ao)	HM (ao)	HM (ao)	HM	HM	HM	HM	HM	HM
Alte Geschichte	EH	EH	EH	EH	EH	EH	EH	EH	EH	EH	EH	EH	EH	EH	EH	EH
Neuere Geschichte	WS1	WS1	WS1	WS1	WS1	WS1	OSW (ao)	OSW (ao)	OSW (ao)	OSW (ao)	OSW (ao)	OSW (ao)	OSW (ao)	OSW	OSW	OSW
<i>Straßburg</i>																
Neuere Gesch.												EA	EA	EA		
Mittl. Gesch.												HH	HH	HH	HH	
Alte Gesch.												PLS	ASS	ASS	ASS	
Mittlere Geschichte, Hist. Hilfswiss.												ER	ER	ER	ER	
Mittlere und Neuere Geschichte												GF	GF	GF	GF	
<i>Stuttgart</i>																
Geschichte												HG4	HG4	HG4	HG4	HG4
<i>Tübingen</i>																
Neuere Gesch.	AW1	AW1	AW1	AW1	AW1	AW1	AW1	AW1	RS	RS	RS	RS	RS	RS	RS	RS
Mittlere Geschichte	JH2	JH2	JH2	HD1	HD1	HD1	HD1	HD1	HD1	HD1	HD1	HD1	HD1	HD1	HD1	HD1
Alte Geschichte	RL	RL	RL / WUG	WUG	WUG	WUG	WUG	WUG	WUG	WUG	JV	JV	JV	JV	JV	JV
Osteurop. Geschichte	EK2 (ao)	EK2 (ao)	EK2 (ao)	EK2 (ao)	EK2	EK2	EK2	EK2	EK2	EK2						
<i>Wien</i>																
Allg. Gesch., Neuzeit 1	HRS	HRS	HRS	HRS	HRS	HRS	HRS	HRS	HRS	HRS	HRS	HRS	HRS	HRS	HRS	HRS
Österr. Geschichte	AD	AD	AD	AD	AD	AD	AD	AD	AD	AD	OB2	OB2	OB2	OB2	OB2	OB2

len die Frage der Einbindung in bestehende Lehrer-Schüler-Netzwerke eine durchaus signifikante Rolle.

Bis auf die Universität Freiburg/Schweiz⁴³ wurden in dieser Übersicht alle Universitäten berücksichtigt, deren Unterrichtssprache während des Untersuchungszeitraums Deutsch war. Aufgrund der traditionell engen Kontakte zwischen deutschen und österreichischen Historikern sind die österreichischen Universitäten hier von vornherein mit herangezogen worden, wenngleich eine direkte Personalpolitik im Sinne des NS-Systems erst nach dem „Anschluß“ von 1938 möglich war. Dagegen konnte sich ein allzu offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1938 für österreichische Historiker sogar als nachteilig für ihre berufliche Karriere in der Alpenrepublik erweisen, in mehreren Fällen erfolgte deshalb ein Wechsel an eine reichsdeutsche Universität⁴⁴. Solche Motive spielten im Falle der berücksichtigten deutschsprachigen Schweizer Universitäten keine Rolle, sie wurden lediglich als Vergleichsmuster mit aufgeführt. Die Übersicht zeigt, daß es hier im Untersuchungszeitraum kaum zu personellen Veränderungen kam. Gänzlich anders war die Situation in Danzig, Posen, Prag und Straßburg, in Städten also, die zwischen 1938 und 1940 unter deutsche Kontrolle fielen. Im Kontext der nationalsozialistischen Neuordnungspläne für Europa wurde diesen Städten, besonders aber ihren jeweiligen Universitäten eine Schlüsselrolle beigemessen.

Neben den historischen Lehrstühlen in Basel, Bern und Zürich gab es im Untersuchungszeitraum 149 Lehrstühle aus allen Teilgebieten der Geschichtsforschung, wobei die Lehrstühle für Mittlere Geschichte und Historische Hilfswissenschaften an der Universität Marburg und für Geschichte an der TU München seit 1931 nicht mehr besetzt wurden. 36 der verbliebenen 147 Lehrstühle erfuhren zwischen 1933 bis 1945 keine personelle Veränderung, die jeweiligen Inhaber waren sämtlich schon vor der nationalsozialistischen Machtübernahme berufen worden⁴⁵. 19 von ihnen konnten ihr Ordinariat über das Jahr 1945 hinaus, teilweise bis in die 1960er Jahre behalten⁴⁶; ein weiterer verlor die Lehrkanzel, weil seine Heimatuniversität nunmehr auf polnischem Gebiet lag, doch fand sich für ihn rasch ein „Ersatz“ an einer anderen Universität⁴⁷. Für 15 Lehrstuhlinhaber bedeutete das Jahr 1945 zugleich das Ende ihrer beruflichen Karriere⁴⁸, dabei dürften in mindestens acht Fällen⁴⁹ politische Gründe ausschlaggebend gewesen sein, min-

⁴³ Eine Berücksichtigung dieser Universität wäre thematisch gänzlich unergiebig gewesen.

⁴⁴ Weber, Priester 288.

⁴⁵ WW, FH, FO, FK, MB, FS, EAR, GB, HA, JK, MG, GR, UK, PES, FB2, AH2, GAR, WA, HS1, FM2, OB1, OS, GK2, JZ (†1944), WM, KAM, RVH, AE1, HZ, JP, EH, HD1, HRS, RE, JK1, WB1.

⁴⁶ FH, FO, FK, MB, FS, EAR, JK, MG, GR, UK, PES, AH2, WA, OB1, GK2, WM, EH, HD1, JK1.

⁴⁷ HA.

⁴⁸ Jedenfalls geben die herangezogenen Unterlagen (primär Weber, Priester) keine weitere berufliche Tätigkeit als Hochschullehrer mehr an.

⁴⁹ GAR, HS1, OS, AE1, HZ, HRS, RE, WB1.

destens einmal⁵⁰ scheinen Altersgründe eine Rolle gespielt zu haben⁵¹. Von den wissenschaftlichen Arbeitsfeldern her besehen zählten folgende Lehrgebiete zu dieser Gruppe: Geschichte allgemein (1), Alte Geschichte (10), Mittlere Geschichte und Historische Hilfswissenschaften (6), Mittlere und Neuere Geschichte (4), Neuzeit allgemein (3), Neuere und Neueste Geschichte (7), Osteuropäische Geschichte (1), Nordische Geschichte (1), Landesgeschichte (2). Die Lehrstühle dieser Gruppe lassen sich demnach in etwa gleich große Gruppen den drei zentralen Lehr- und Forschungsgebieten zuordnen – zehn Lehrstühle zur Alten Geschichte stehen neben zehn Lehrstühlen zur Mittleren bzw. Mittleren und Neueren Geschichte, zehn weitere Lehrstühle sind dem aus Sicht des Themas besonders „kritischen“ (weil politisch dem NS-System am nächsten liegenden) Bereich der Neueren und Neuesten Geschichte zuzurechnen.

64 Lehrstühle wurden zwischen 1933 und 1945 ein- oder mehrfach neu besetzt. In 26 Fällen boten politische oder ideologische Motive Gründe für eine Umbesetzung⁵². Ein genauerer Blick auf die Entlassungsgründe zeigt, daß in mindestens 12 Fällen⁵³ rasseideologische Motive ausschlaggebend waren, 13 weitere Fälle aus dieser Gruppe lassen eine politische Gegnerschaft zum NS-System erkennen⁵⁴, während in einem Fall ein Rücktritt zur Vermeidung eines Disziplinarverfahrens erfolgte⁵⁵.

27 Kanzeln wurden im Verlauf des Untersuchungszeitraums nicht mehr wiederbesetzt, darunter allein drei von vier Lehrstühlen bzw. planmäßigen Extraordinariaten für Alte Geschichte an der Universität Berlin⁵⁶. Zwischen der nationalsozialistischen Machtübernahme und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde darüber hinaus an acht weiteren reichsdeutschen und drei österreichischen bzw. tschechischen Universitäten auf eine Wiederbesetzung von Lehrstühlen verzichtet: Frankfurt / Main⁵⁷, Halle-Wittenberg⁵⁸, Hamburg⁵⁹, Karlsruhe⁶⁰, Köln⁶¹,

⁵⁰ RVH.

⁵¹ Die übrigen Fälle konnten mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht geklärt werden.
⁵² VE, JH1, RL, FM3, FS2, AS2, ET, EC, KH, AE, SH, WL, BS, EA, JH, EK1, OW, HR2, FS4, HH1, OH1, RS1, MW, FC, BK, EP.

⁵³ VE, RL, FM3, FS2, AS2, EC, SH, WL, HR2, RS1, FC, EP.

⁵⁴ JH1, ET, KH, AE, BS, JH, EK1, FS4, HH1, OH1, MW, BK. In einem Fall (EA) war ein dem Dritten Reich eng verbundener Historiker von einer Umbesetzung betroffen. Er hatte sich schon vor der Machtübernahme mit einem hochrangigen NS-Funktionsträger überworfen, dieser sorgte dann 1943 für dessen „Entlassung in die Wehrmacht“; dazu: Wolf, Litteris 410f.

⁵⁵ OW, dem ein Disziplinarverfahren wegen Verstoßes gegen § 175 StGB drohte; dazu: ebd., 411.

⁵⁶ Alte Geschichte 1, 1937, EM1; Honorarprofessur 1937 WS; Alte Geschichte 2, 1937, UW. Alle drei Stellen wurden vakant aus Altersgründen bzw. Wegberufung.

⁵⁷ Mittlere u. Neuere Geschichte, Hist. Hilfswissenschaften 1, 1934, EK1.

⁵⁸ Alte Geschichte, 1934, RL.

⁵⁹ Osteuropäische Geschichte, 1935, RS1.

⁶⁰ Neuere Geschichte, 1937, FS4.

⁶¹ Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 1934, BK.

Königsberg⁶², Leipzig⁶³, München⁶⁴ sowie Graz⁶⁵, Wien⁶⁶ und Prag⁶⁷. Bezogen auf die reichsdeutschen Universitäten (Berlin eingeschlossen) handelte es sich dabei in vier Fällen um Stellen, deren ehemalige Inhaber aus Opposition gegen das NS-System ihren Dienst quittiert hatten bzw. entlassen worden waren, zweimal um Entlassungen aus rassistischen Gründen sowie um sieben Vakanzen aus Altersgründen bzw. Weggang. Die übrigen Stellen wurden erst im Verlauf der Kriegsjahre frei und dürften in der Regel aus strukturellen Gründen nicht mehr wiederbesetzt worden sein.

Den weggefallenen bzw. nicht wiederbesetzten Lehrstühlen standen 20 Kanzeln gegenüber, die im Untersuchungszeitraum neu geschaffen wurden, darunter vier an der unter nationalsozialistischer Ägide neugegründeten Universität Posen⁶⁸ und fünf an der gleichfalls nationalsozialistischen Universität Straßburg⁶⁹. Die drei Vakanzen an der Berliner Universität wurden durch vier neue Lehrstühle deutlich kompensiert. Da sich in der jeweiligen Ausrichtung der neuen Lehrstühle anders als bei den nicht wiederbesetzten Stellen deutlich erkennbar Elemente des nationalsozialistischen Geschichtsverständnisses spiegelten, liegt der Schluß nahe, daß die Berliner Universität entweder als eine nationalsozialistische Modelluniversität geplant war oder aber die neugeschaffenen Lehrstühle unmittelbaren politischen Zwecken dienen sollten⁷⁰. Jeweils ein neuer Lehrstuhl wurde eingerichtet an den Universitäten Breslau⁷¹, Hamburg⁷², Jena⁷³, Köln⁷⁴,

⁶² Osteuropäische Geschichte, 1937, HK.

⁶³ Mittlere und Neuere Geschichte, 1933, WG.

⁶⁴ Neuere Geschichte, 1935, Ausscheiden AOM, Stelle bis 1945 von KAM mitverwaltet.

⁶⁵ Mittlere Geschichte, Hist. Hilfswissenschaften, 1933, WE3 (wiederbesetzt 1939 mit WK1); Römische Altertumskunde und Epigraphik, 1932, OC (wiederbesetzt 1942 mit BS1).

⁶⁶ Österreichische Geschichte, 1936, AD (wiederbesetzt 1942 mit OB2).

⁶⁷ Mittlere Geschichte, Historische Hilfswissenschaften 1, 1933, HZ.

⁶⁸ Neuere Geschichte (RW), Mittlere Geschichte und Hilfswissenschaften (LA), Alte Geschichte (FV2) und Reichs- und Großdeutsche Geschichte (GK3). Bei dem letztgenannten Lehrstuhl handelte es sich um ein offensichtlich vom nationalsozialistischen Zeitgeist beflügeltes Unternehmen, während die anderen drei Lehrstühle die traditionelle Struktur historischer Seminare spiegeln.

⁶⁹ Neuere Geschichte (EA), Mittlere Geschichte (HH), Alte Geschichte (PLS/ASS), Mittlere Geschichte und Historische Hilfswissenschaften (ER), Mittlere und Neuere Geschichte (GF). Von der Struktur des Seminars und der Bewidmung der einzelnen Lehrstühle her betrachtet war Straßburg somit konventionell ausgestattet.

⁷⁰ Lehrstühle wie „Mittlere und Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsgeschichte“ (eingrichtet 1933, WE1) spiegelten einmal bestimmte inhaltliche Präferenzen des NS-Systems, die dort gewonnenen Erkenntnisse ließen sich zugleich bei der Vorbereitung des kommenden Krieges anwenden. Ähnliches trifft für wenigstens zwei weitere neue Lehrstühle zu (Südosteuropäische Geschichte, 1940, FV; Übersee- und Kolonialgeschichte, 1940, EZ), während sich der vierte neugeschaffene Lehrstuhl um die Festigung des nationalsozialistischen Geschichtsbildes zu kümmern hatte (Politische Geschichte, 1942, WF).

⁷¹ Mittlere und Neuere Geschichte sowie Osteuropäische Geschichte, 1934 (HU/HK).

⁷² Hansische Geschichte, 1940, PJ.

⁷³ Deutsche Bauerngeschichte, 1940, JLL.

⁷⁴ Geschichte der Niederlande, 1942, FP.

München⁷⁵, Prag⁷⁶ und Stuttgart⁷⁷. Auch in diesen Fällen wurden mit der Vergabe neuer Planstellen bzw. Umwidmung nicht wiederbesetzter Stellen erkennbare politische Ziele verfolgt. So erfolgte in Breslau schon 1934 eine Aufwertung der Osteuropäischen Geschichte, in Hamburg wohl als Reaktion auf die von einigen führenden NS-Ökonomen neu entfachte Diskussion über die Einrichtung einer neuen „Hanse“ als Grundlage einer neuen europäischen Wirtschaftsordnung die Schaffung eines „Hanse-Lehrstuhls“ im Jahre 1940, während im selben Jahr in Jena als Reverenz an den nationalsozialistischen „Blut- und Boden-Mythos“ ein Lehrstuhl zur Deutschen Bauerngeschichte geschaffen wurde und zwei Jahre später in Köln mit der Einrichtung eines Lehrstuhls zur Erforschung der Geschichte der (seit 1940 besetzten) Niederlande die Westforschung gestärkt werden sollte. Stuttgart als „Stadt der Auslandsdeutschen“ erfuhr durch die Einrichtung eines Geschichtsordinariats an der dortigen Universität im Jahre 1934 eine Aufwertung, während mit der Einrichtung eines Lehrstuhls für Europäische Geistesgeschichte an der Universität Prag im Jahre 1941 das Zentrum des nationalsozialistisch beherrschten Europa gestärkt wurde.

Zusammenfassend ergibt sich für die 147 Geschichtslehrstühle an den Universitäten, die zwischen 1933 und 1945 im unmittelbaren Einflußbereich des nationalsozialistischen Deutschland lagen, folgendes Bild: 64 Lehrstühle (43,5%) wurden in diesem Zeitraum ein- oder mehrfach neu besetzt, in 26 Fällen waren dafür politische oder rasseideologische Motive der Anlaß, 38 neue Berufungen erfolgten hingegen auf Stellen, die aus strukturellen Gründen freigeworden waren. 36 Lehrstühle (24,5%) blieben personell von der nationalsozialistischen Machtübernahme völlig unberührt, in 15 Fällen wurde der jeweilige Stelleninhaber nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft entlassen, acht dieser Entlassungen erfolgten aus politischen Gründen aufgrund offensichtlicher Nähe zum NS-System. 27 Lehrstühle (18,4%) wurden im Laufe des Untersuchungszeitraums aus unterschiedlichen Gründen vakant und nicht wiederbesetzt. In vier Fällen führten politische Gründe, zweimal rasseideologische, siebenmal aber Altersgründe zur Vakanz. Die restlichen Vakanzen fielen aus unterschiedlichen, jedoch allesamt strukturellen Gründen an. 20 Lehrstühle (13,6%) wurden neu geschaffen, dabei scheinen in allen Fällen unmittelbare politische oder ideologische Überlegungen eine Rolle gespielt zu haben.

⁷⁵ Neuere Geschichte, 1936, UC.

⁷⁶ Europäische Geistesgeschichte, 1941, EW1.

⁷⁷ Geschichte, 1934, HG4.

3. Über das Verhältnis der Historiker zum Nationalsozialismus

Die im voranstehenden Abschnitt aufgestellte Übersicht über die Struktur des Faches Geschichte an reichsdeutschen und deutsch-kontrollierten Universitäten im Zeitraum zwischen 1930 und 1945 bietet einen ersten Überblick über Kontinuitäten und Brüche nach der nationalsozialistischen Machtübernahme. Sie bietet zudem Informationen über bestimmte Eingriffe der zuständigen Kultusbehörden in die fachspezifische universitäre Forschungslandschaft. In Verbindung mit weiteren Hintergrundinformationen lassen sich damit die Umriss der Pläne erkennen, die das NS-System in bezug auf das Fach Geschichte hegte, so wie es an Universitäten zunächst des Deutschen, Großdeutschen und schließlich des Großgermanischen Reiches gelehrt wurde. Es zeigt sich, daß der in der jüngeren Diskussion über die Rolle der Geschichtswissenschaften im Nationalsozialismus gelegentlich geäußerte Vorwurf, die deutsche Historikerschaft sei nahezu geschlossen in die Arme des Nationalsozialismus übergelaufen⁷⁸, unhaltbar ist. Immerhin waren 31 der in Frage kommenden 147 Lehrstühle (21%) nach der „Machtergreifung“ von Entlassungen bzw. Frühpensionierungen oder -emeritierungen aus rassistischen Gründen bzw. aus Gegnerschaft zum NS-System betroffen.

Andererseits bleibt im Umkehrschluß festzuhalten, daß fast 80% der Lehrstühle die nationalsozialistische Machtergreifung überstanden. Hier stellt sich die Frage, ob der vor diesem Hintergrund in Teilen der Literatur erhobene Vorwurf der Käuflichkeit durch das System, der die betroffenen Historiker zu dessen Stützen und damit auch zu „Vordenkern der Vernichtung“ gemacht habe, angemessen ist. Ein Junktim, das jeden Historiker, der sich vom NS-System bezahlen ließ, a priori zu einer Stütze des Systems und zu einem Teil einer „NS-Historie“ macht⁷⁹, provoziert die Frage nach dem Erkenntniswert einer solchen Klassifizierung. Schließlich läßt ein derart pauschaler Umgang mit dem Begriff „Nationalsozialismus“ keinerlei Binnendifferenzierungen mehr zu, von einem wissenschaftlich wenig aussagekräftigen Gut-Böse-Schema einmal abgesehen⁸⁰. Auch würde das bedeuten, daß diese Historiker schon in der Zeit vor 1933 „NS-Historie“ betrie-

⁷⁸ So beispielsweise bei Peter Schöttler. Ihm zufolge gab es „keinen deutschen Marc Bloch“, also keinen Historiker, der für seine Überzeugung im Konzentrationslager ermordet worden wäre. Zwar kennt auch er durchaus einige „gute“ Historiker: Hildegard Schaefer, Georg Sacke, Heinrich Scheel, Walter Markov – seinerzeit allesamt jüngere Historiker, über denen aufgrund ihrer Verbindungen zum aktiven Widerstand stets das Damoklesschwert der KZ-Haft schwebte, Ordinarien hingegen finden keinen Platz in seinem „Pantheon“, obwohl es, wie gesehen, manche gab, die auch den Schöttler'schen Aufnahmekriterien entsprochen hätten. Vgl. dazu: Schöttler, *Geschichtsschreibung* 11.

⁷⁹ Ich habe weder im Sammelband Schöttlers (*Schöttler*, *Geschichtsschreibung*) noch in dem von Schulze und Oexle herausgegebenen Kompendium (*Schulze, Oexle*, *Historiker*) den expliziten Versuch einer Definition dessen gefunden, was unter „NS-Historie“ verstanden wird, obwohl der Begriff an beiden Orten mehrfach gebraucht wird.

⁸⁰ Manchen Forschern scheint dies zu genügen. Vgl. z. B. Schöttler, *Geschichtsschreibung* 11.

ben hätten, da sie andernfalls Teil der kleineren Gruppe der vom systemischen „Bannstrahl“ Betroffenen gewesen wären. Wie jedoch noch zu zeigen ist, befanden sich auch unter den Ordinarien, die den Systemwechsel des Jahres 1933 überstanden, durchaus systemkritische Köpfe. Das zeigt noch einmal, daß ein allzu pauschaler Umgang mit dem Begriff „NS-Historie“ ein differenziertes Urteil über das Verhältnis von Historikern zum Nationalsozialismus und damit auch über die Rolle der Geschichtswissenschaften im NS-System ebenso ausschließt wie eine Reduktion des Untersuchungszeitraums auf die Jahre 1933–1945.

3.1 Vor 1933

Die Forschung hat längst den Nachweis dafür erbracht, daß viele Forderungen und Verhaltensweisen, die die Anhänger der These von der „NS-Historie“ als genuin „nationalsozialistisch“ brandmarken, bereits in den 20er Jahren zum argumentativen Fundus jener Weimarer Historiographen zählte, die seinerzeit glaubten, aus patriotischer Pflicht so handeln zu müssen. Unter den etwa 180 Ordinarien, die in den 1920er Jahren Lehrstühle für Alte, Mittelalterliche, Mittelalterliche und Neuere, Neuere, Osteuropäische Geschichte und andere Bereiche der Geschichte innehielten, befand sich nur etwa ein Dutzend überzeugter oder „Vernunft“-Republikaner. Auch wenn letztere zwar keineswegs als überzeugte Demokraten gelten können, bemühten sie sich immerhin, die Weimarer Republik konstruktiv-kritisch zu begleiten⁸¹. Verglichen mit ihnen nahm der junge Peter Rassow (zu dem Zeitpunkt allerdings noch nicht Inhaber eines Lehrstuhls) zweifellos eine Sonderstellung ein, da er sich öffentlich für die „rechtliche, liberale Ordnung“ durch parteipolitisches Engagement in der DDP einsetzte⁸². Trotzdem wurde er im Jahre 1941 als Nachfolger Martin Spahns auf den Kölner Lehrstuhl für Mittlere und Neuere Geschichte berufen. Rassow folgte damit einem Historiker, der in den 20er Jahren in der „Zunft“ zu den heftigsten Kritikern der Weimarer Republik zählte. Spahn⁸³ galt als „Vertrauensmann“ der „Konservativen Revolutionäre“ und war der Spitzenkandidat Alfred Hugenbergs bei dessen Versuch, die 1920 ins Leben gerufene dezidiert republikanische „Deutsche Hochschule für Politik“ für die antidemokratische Rechte zu gewinnen. Als dieser Versuch fehlschlug, wurde mit dem „Politischen Kolleg“ eine eigene Bildungseinrich-

⁸¹ Dazu die Zahlen bei: Wolf, Litteris 406–415; zu Rassow vgl.: ebd. 109.

⁸² Rassow wurde erst 1941 erstmals berufen. Dazu: ebd. 410.

⁸³ Martin Spahn war 1920 aus dem Zentrum ausgetreten, für das er zwischen 1902 und 1912 ein Reichstagsmandat wahrgenommen hatte. Zwischen 1924 und 1933 saß er für die DNVP im Reichstag, am 9. Juni 1933 trat er aus der DNVP aus, beantragte 3 Tage später die Mitgliedschaft in der NSDAP, gehörte auf seinen Antrag hin ab 15. Juni 1933 als Hospitant der NSDAP-Reichstagsfraktion an, im November 1933 erhielt er einen Listenplatz zugesprochen, obgleich Innenminister Frick noch Mitte Oktober eine Berücksichtigung ausgeschlossen hatte, da die NSDAP-Mitgliedschaft noch nicht ausgesprochen war. Dazu: *Martin Schumacher*, M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation (Düsseldorf 31994) 486.

tung als Konkurrenz zur Deutschen Hochschule ins Leben gerufen, die sich unter der Leitung Spahns rasch zum intellektuellen „Aushängeschild“ der rechten Antidemokraten entwickeln sollte⁸⁴.

Rassow auf der einen und Spahn auf der anderen Seite können als repräsentativ für den geistesgeschichtlichen Spannungsbogen gelten, in dem die Mehrheit der Weimarer Historiographen dachte und argumentierte. So unterschiedlich ihre Haltung gegenüber der ersten deutschen Republik auch gewesen sein mochte, stimmten sie in der Forderung nach der Revision des Versailler Vertrages überein. Dabei erschien ihnen der Friedensvertrag nicht nur als das Diktat der Siegermächte und der Ort des Artikels 231, er bedeutete für sie zugleich den Gipfelpunkt der Krise der Moderne, wie sie sich in der hochtechnisierten Kriegführung des Ersten Weltkriegs eindringlich gezeigt hatte. Friedrich Meinecke zum Beispiel glaubte „das historische Denken und Forschen“ insgesamt in Frage gestellt zu sehen⁸⁵, und Oswald Spengler schien die Wurzel des Problems erkannt und einen Ausweg gefunden zu haben, als er feststellte, daß es sich in der Geschichte immer nur um das Leben, die Rasse, den Triumph des Willens zur Macht handele, nicht um den Sieg von Wahrheiten, Erfindungen oder Geld⁸⁶. Man könnte sein Fazit als Leitmotiv über viele tagespolitische Aussagen von Historikern aus den 20er Jahren stellen. Unabhängig davon, ob klein- oder großdeutsch, ob mitteleuropäisch oder europäisch argumentierend – die meisten Weimarer Neuzeithistoriker fühlten sich ohnehin der kleindeutschen Geschichtsschreibung Bismarck'scher Prägung verpflichtet⁸⁷ – stimmten die deutschen Historiographen der 20er Jahre mehrheitlich darin überein, daß nur ein „starker Staat“ das Reich vor dem endgültigen Versinken in ein „subalternes Fellachentum“ (Spengler) retten konnte. Nur wenige sahen die Verantwortung für die Republik bei ihren Bürgern. Franz Schnabel gehörte zu ihnen, wenn er darauf verwies, daß sich die Krise der frühen 1930er Jahre nicht durch Notverordnungen lösen lasse, sondern nur über den aktiven Einsatz der Menschen für Republik und Verfassung⁸⁸. Die meisten seiner Fachkollegen aber empfanden die Notverordnungen als eine Wiederherstellung der klassenübergreifenden Volksgemeinschaft und Kameradschaft, wie man glaubte, sie in den Kriegsjahren gekannt zu haben⁸⁹. Freilich variierten die entsprechenden Konzepte je nach Standort des Einzelnen. Der Vernunftrepublikaner Meinecke sah das parlamentarische System als Übergangsform und meinte, ein Bedürfnis nach starker Vertrauensdiktatur als Kennzeichen der Moderne ausmachen zu können⁹⁰, andere Stellungnahmen erhofften sich einen starken Staat als Rahmen, in dem die Einzelinteressen dem Gemeinwohl untergeordnet würden,

⁸⁴ Dazu: Elvert, *Mitteleuropa* 150 ff.

⁸⁵ Zitiert nach: Wolf, *Litteris* 111.

⁸⁶ Oswald Spengler, *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte* (Sonderausgabe, München 1990).

⁸⁷ Elvert, *Mitteleuropa* 20 f.

⁸⁸ Wolf, *Litteris* 112 f.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Ebd. 112.

damit aus dem „Amboß“ Deutsches Reich wieder ein „Hammer“ für eine kraftvolle deutsche Außenpolitik als Großmachtpolitik würde⁹¹.

Die große Mehrheit der deutschen Historikerschaft, soweit sie durch die Lehrstuhlinhaber repräsentiert wurde, fühlte sich von der Krise der Weimarer Republik keineswegs zu einem engagierten Eintreten für das bestehende politische System veranlaßt. Im Gegenteil: Von wenigen Ausnahmen abgesehen, empfand sie die erste deutsche Republik als ein von den westlichen Siegermächten geschneidertes Zwangskorsett: Dieses mit dem „besonderen deutschen Wesen“ nicht zu vereinbarende westliche politische Modell mochte ihrer Meinung nach dazu taugen, bestimmten Partikularinteressen Rechnung zu tragen, keinesfalls jedoch konnte es den Gemeinschaftsinteressen des Deutschen Volkes gerecht werden. Mit der deutschen Republik ließ sich, wie sie glaubte, kein Staat machen, auch deshalb nicht, weil sie nicht dazu in der Lage war, die Interessen der Gesamtheit des deutschen Volkes wahrzunehmen.

Schließlich hatten die Pariser Vorortverträge die vormaligen in den Grenzen des Kaiserreiches und der Habsburger Monarchie lebenden Deutschen auf die neugeschaffene Staatenwelt Mittel- und Südosteuropas verteilt, in fast allen Nachfolgestaaten gab es deutsche Volksgruppen als nationale Minderheiten. Daß das Deutsche Reich eine Fürsorgepflicht gegenüber diesen volksdeutschen Minderheiten wahrzunehmen hatte, war eine auch unter Historikern weit verbreitete Meinung. Besonders im Lager der antidemokratischen Rechtsintellektuellen aber reichten die Gedanken weit über das reine Fürsorgeprinzip hinaus. Hier wurden Konzepte dafür entwickelt, wie die Existenz von volksdeutschen Minderheiten dazu genutzt werden konnte, um die Machtposition des Deutschen Reichs in Mitteleuropa zu der einer Hegemonialmacht zu erweitern. Unter anderem wurde dazu im Umfeld des Politischen Kollegs und des ihm nahestehenden „Tat“-Kreises „konservativ-revolutionärer“ Antidemokraten mit „Volk und Reich“ eine Zeitschrift ins Leben gerufen, die sich ausdrücklich der politischen Neugliederung Europas, der Befriedung des mitteleuropäischen Raumes nach allgemeingültigen Rechtsgrundsätzen, der Eingliederung der deutschen Wirtschaft in die mitteleuropäische durch Schaffung eines geschlossenen mitteleuropäischen Binnenmarktes, der Pflege der deutschen Sprache als mitteleuropäischer Verkehrssprache, der Erhaltung und dem Schutz der deutschen Volksgruppen und Volkssplitter in Mitteleuropa als Vermittler deutscher Kultur sowie der Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Technik verschrieben hatte⁹².

Die deutsche Volkstumsforschung, an der sich von Anfang an auch (aber nicht nur) viele Historiker beteiligten, war also keineswegs ein Kind des Nationalsozialismus, sondern entsprang dem gedanklichen Fundus der rechten antidemokratischen Intellektuellen Weimars. Die Rolle der Historikerschaft dabei war klar: Sie hatte den Anspruch der Deutschen auf Hegemonie in Mitteleuropa historisch zu legitimieren. Martin Spahn beispielsweise versuchte dies in einem Beitrag für

⁹¹ Zitiert nach: ebd.

⁹² So als Zielkatalog abgedruckt im Impressum von „Volk und Reich“.

„Volk und Reich“, der 1925 in einem Sonderheft publiziert wurde⁹³. Den Herrschaftsanspruch der Deutschen führte er zurück in das 13. Jahrhundert, als sich in Mitteleuropa das Deutsche an die Stelle des Lateinischen geschoben hatte, wo es seither den Austausch zwischen den Bewohnern vermittelte. Aus vielerlei Gründen habe dies aber nicht genügt, um den daraus eigentlich ableitbaren Anspruch auch auf politische Hegemonie über die Jahrhunderte aufrechtzuerhalten. Diesen zurückzugewinnen sei jedoch die Aufgabe der Zukunft. Es gelte daher, so Spahns Fazit, die Fühlung zu den Deutschen in Mitteleuropa aufzunehmen sowie die Fesseln des parlamentarischen Systems und des westlichen Kapitalismus abzuschütteln. Ferner war das deutsche Volk von all jenen Kräften innerlich zu befreien, die mit den volksfeindlichen Kräften des Westens gemeinsame Sache machten. Damit wäre seiner Meinung nach die Voraussetzung geschaffen für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem westlichen Parlamentarismus und Kapitalismus. Wenn dieser Kampf erfolgreich beendet sei, eröffneten sich dem deutschen Volk als dem europäischen Führungsvolk neue Möglichkeiten zur Gestaltung Mitteleuropas.

In seiner gedanklichen Radikalität und Reichweite dürfte Spahn unter den etablierten Historikern der 20er Jahre unübertroffen gewesen sein. Dennoch traten viele in ihren Schriften ähnlich wie er für die Schaffung einer deutschen Hegemonie über Mitteleuropa ein. Für den Weg dorthin wurden freilich unterschiedliche Konzepte entworfen, die von föderalen Überlegungen bis hin zu einer auf Berlin ausgerichteten, straff zentralistischen Staatsform reichten. Spahn hatte seine Überlegungen mit folgendem Zitat abgeschlossen:

„Welch eine Zukunft harrt unseres Vaterlandes, wenn seine akademische Jugend beizeiten begreift, wofür sie sich zu schulen, worauf sie sich vorzubereiten hat! Zum ersten Mal in unserer tausendjährigen Geschichte ist nicht nur dieser oder jener Stamm, sondern ist unser ganzes Volkstum lebendig und in Bewegung. Es bedarf nur der Richtung. Die Überzeugung, der Glaube muss über uns kommen, daß auch unserem Volk eine Sendung beschert wurde! Diese Sendung heißt: Mitteleuropa!“

Die Vereinigung der deutschen Volksgruppen innerhalb eines neuzugestaltenden Zentraleuropa unter deutscher Herrschaft war demnach das Ziel der Volkstumsarbeit und -forschung der 1920er Jahre. Im Sinne des zeitgenössischen Revisionismus sollte aus der Not der Pariser Friedensordnung die Tugend der Neuordnung Mitteleuropas nach deutschem Muster erfolgen. Allerdings erlaubte weder die deutsche noch die europäische politische Wirklichkeit lange Zeit auch nur die Hoffnung auf Realisierung solcher Konzepte. Die einzige Partei, die in ihrem Programm so weitgehende Forderungen offen aufgriff, war die NSDAP. Insofern überrascht es nicht, wenn diese Partei für die „Mitteleuropäer“ und „Volkstumsforscher“ konservativ-revolutionärer Observanz eine ernstzunehmende Alternative zu den anderen Parteien der Weimarer Republik darstellte,

⁹³ *Martin Spahn*, Mitteleuropa und das deutsche Volk, in: *Volk und Reich*. Politische Monatshefte für das junge Deutschland, hrsg. v. *Friedrich Heiß* (Berlin 1925). Die nachstehende Inhaltsangabe stützt sich auf die Textanalyse bei: *Elvert*, Mitteleuropa 154–157.

zumal aus der Sicht der nationalkonservativen Antidemokraten alle anderen bereits ihre „Unschuld“ durch Regierungsbeteiligungen verloren hatten. Trotz großer Divergenzen beispielsweise auf dem Gebiet der Rassenfrage gab es also in der Programmatik der „konservativ-revolutionären“ Rechtsintellektuellen Weimars und der NSDAP vor der nationalsozialistischen Machtergreifung auf dem Gebiet der mitteleuropäischen Neuordnung und der Volkstumsforschung zahlreiche Überschneidungen. Aus diesem Blickwinkel erschien die NSDAP sonst skeptischen Rechtsintellektuellen wählbar zu sein.

Die Partei selber hatte bewußt viele Argumente der Volkstumsforschung in ihre eigene Programmatik übernommen, um sich den völkisch denkenden und forschenden Weimarer Antidemokraten als die einzige Partei anzubieten, mit der eine Realisierung solcher Neuordnungsentwürfe machbar schien. Anfangs war es also eher der Rahmen, den die Partei bot, der den rechten Intellektuellen attraktiv erschien, da sie glaubten, ihn mit eigenen Inhalten ausfüllen zu können. Im Laufe der Konsolidierung der NS-Herrschaft sollte sich zeigen, daß die Partei auch die Rahmeninhalte bestimmen wollte. Wenn viele Volkstumsforscher trotzdem nicht mit der Partei brachen, so dürfte das wiederum mit den Erfolgen zusammenhängen, die Hitler-Deutschland erzielte – der „Anschluß“ Österreichs, die Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ und des „Generalgouvernements“ wären hier in einem Atemzug zu nennen. Schließlich waren damit viele der Forderungen eingelöst worden, die von „Mitteleuropäern“ und „Großdeutschen“ wie Martin Spahn oder Heinrich von Srbik seit den 20er Jahren gefordert worden waren. Erst jetzt sollte der „faustische Pakt“ der Volkstums- und Ostforschung mit dem NS-System sein wahres Gesicht zeigen.

3.2. Nach 1933

Vielleicht hatte Hermann Heimpel an seine eigene Haltung zur NSDAP gedacht, als er schrieb, daß das deutsche Volk 1933 dazu bereit gewesen sei, jedem zu folgen, der es zu sich selbst zu führen versprach⁹⁴. Eine Mehrheit der Deutschen wollte in Hitler den „Retter Deutschlands“ sehen – und übersah dabei teils bewußt, teils unbewußt die warnenden Zeichen der ersten Monate und Jahre nationalsozialistischer Herrschaft. Das galt auch für viele Historiker, obwohl vor der nationalsozialistischen Regierungsübernahme gerade Vertreter dieses Berufsstandes mehrfach Kritik am Massencharakter der NSDAP geübt hatten⁹⁵. Unter Berücksichtigung der in Abschnitt 3.1. erfolgten Positionsbestimmung der Weimarer Historikerschaft läßt sich deren Haltung zum Nationalsozialismus angesichts der immer unübersehbaren Erfolge der NSDAP vor der eigentlichen „Machtergreifung“ als wohlwollend-distanziert beschreiben: Unter den 51 Hochschul-

⁹⁴ Zu Heimpels Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus vor und nach 1945 vgl. z.B. *Pierre Racine*, Herman Heimpel à Strasbourg, in: *Schulze, Oexle*, Historiker 142–158; auch: *Arnold Esch*, Über Hermann Heimpel, in: ebd. 159f.

⁹⁵ *Wolf*, *Litteris* 118.

lehrern, die sich am 26. Juli 1932 öffentlich zum Nationalsozialismus bekannten, waren nur drei Historiker⁹⁶, und das vor den Wahlen vom 12. November 1933 von 960 Professoren verfaßte Bekenntnis zu Adolf Hitler und dem NS-Staat unterschrieben nur 14 von 183 Ordinarien und planmäßigen Extraordinarien⁹⁷.

So gesehen, kann von einer freiwilligen „Gleichschaltungswelle“ oder sogar einer Art „vorausseilendem Gehorsam“ „der Geschichtswissenschaft“ also nicht die Rede sein. Und dennoch „wurde Hitler möglich“⁹⁸, dennoch waren nach der nationalsozialistischen Machtübernahme hochqualifizierte „Profis“ und Intellektuelle bereit, einem offensichtlichen Autodidakten und Dilettanten wie Hitler zu folgen, der augenscheinlich doch „nur“ die Massen aufputschen konnte und dessen Anhänger schon bald begannen, Bücher öffentlich zu verbrennen und Mitbürger aus der Gesellschaft auszugrenzen. Über die Motive, die jene, die es eigentlich hätten besser wissen müssen, bewog, solche und andere Exzesse zu ignorieren und die eigenen Fähigkeiten dem neuen System zur Verfügung zu stellen oder sich wenigstens mit diesem zu arrangieren, wissen wir manches, wenngleich es sich dabei in der Regel um Stellungnahmen aus der Zeit nach 1945 handelt und somit apologetische Tendenzen nie ganz ausgeschlossen sind. Winfried Schulze schreibt von einer häufig beobachtbaren Mischung aus „menschlicher Anständigkeit und politischer Kurzsichtigkeit“, die eine Auswertung der Verhaltensweisen deutscher Historiker im Rahmen der Spruchkammerverfahren ergeben habe⁹⁹. Die NSDAP wurde als ein „nationaler Schutzwall“ gegen den Bolschewismus empfunden¹⁰⁰, der zudem die „besonderen Werte des Deutschtums“ pflegen und die deutsche Kultur vor einer Überfremdung mit Elementen der westlichen Zivilisation bewahren würde. Das Motiv der inneren Stärkung und Konsolidierung durch Ordnung und Abwehr als negativ empfundener äußerer Einflüsse scheint in vielen Fällen ausschlaggebend für eine aktive Unterstützung der NSDAP oder wenigstens für ein Arrangement mit dem System gewesen zu sein – zumal damit auch der jeweils eigene Broterwerb sichergestellt werden konnte. Manche anfänglichen Sympathisanten überwandern zudem ihre inneren Zweifel am neuen System mit dem Argument, diesem ggf. die Unterstützung wieder entziehen zu können¹⁰¹. Aus einer solchen Haltung heraus erklärt sich die auch bei Vertretern der Geschichtswissenschaft zwischen 1933 und 1945 zu beobachtende Ambivalenz im Umgang mit dem NS-System: Einerseits wurde die nationalsozialistische Machtübernahme wenn nicht begrüßt, so doch toleriert, andererseits schreckten auch offene Sympathisanten mit dem NS-System nicht davor zurück, dieses als Vertre-

⁹⁶ GF, HG4, JH2.

⁹⁷ GAR, OW, EZ, GF, WM, AVP, EES, EZ, LZ, HB, EB2, HG1, PK, RK.

⁹⁸ Die Frage nach dem „warum“ ist eine der zentralen Fragen, die alle Studien, die sich mit den frühen Erfolgen des Nationalsozialismus oder mit biographischen Studien führender Nationalsozialisten befassen, wie ein roter Faden durchzieht. So auch in Ian Kershaws neuester Hitler-Biographie. Vgl.: *Ian Kershaw, Hitler 1889–1936* (Stuttgart 1998) 8f. und 17.

⁹⁹ Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945* (München 1993) 42f.

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ Ebd.

ter einer Fachwissenschaft dann zu kritisieren oder gar zu attackieren, wenn es die als sakrosankt empfundenen Regeln der Wissenschaft ideologisch beeinflussen wollte¹⁰².

Hermann Heimpel hatte somit durchaus zutreffend auf die Probleme verwiesen, die sich bei dem Versuch einer Unterscheidung der „Bösen von den Braven“ ergeben würden¹⁰³. Wie schwierig eine Klassifizierung oder auch nur Differenzierung der deutschen Historiker (hier am Beispiel der Ordinarien und planmäßigen Extraordinarien) ist, zeigt die Studie Ursula Wolfs über das „Janusgesicht“ der Historie¹⁰⁴. Ausgehend von der These, daß es die „NS-Historie“ nicht gegeben habe, versucht sie, die von ihr untersuchte Fallgruppe bestimmten Kategorien zuzuordnen. Dabei unterscheidet sie zwischen politisch stark bzw. politisch mäßig engagierten und solchen Historikern, deren politisch-weltanschaulicher Standort nicht verifizierbar war. Folgende Zuordnungskriterien dienten ihr als Maßstab: 1. politisches Engagement in Partei oder vergleichbarer Organisation, 2. Auffassung von der Rolle des Historikers in der Gesellschaft, 3. Intensität der publizistischen Äußerungen und 4. Ort der Publikation¹⁰⁵. Um zur ersten Gruppe der „politisch stark engagierten“ Persönlichkeiten gezählt zu werden, galt es, folgende Kriterien zu erfüllen: 1. die Übereinstimmung der jeweiligen Person mit dem NS-System mußte durch Mitarbeit in Partei oder Parteiorganisationen öffentlich dokumentiert sein und 2. hatte von der betreffenden Person ein klares Bekenntnis zu zentralen Aspekten der nationalsozialistischen Weltanschauung vorzuliegen¹⁰⁶.

Wolf ist sich der Zuordnungsschwierigkeiten, die mit der von ihr gewählten Form der Kategorisierung verbunden sind, durchaus bewußt. Diese hängen zusammen mit den jeweils individuell verlaufenden Biographien der untersuchten Historiker, mit ihren individuellen Persönlichkeitsprofilen, mit ihrer wissenschaftlichen Sozialisation und schließlich ihrem grundsätzlichen Wissenschaftsverständnis. Dennoch ist ihr Versuch der Zuordnung der von ihr untersuchten Historiker zu einzelnen Gruppen im Sinne eines besseren Verständnisses der Rolle der Historikerschaft im Nationalsozialismus grundsätzlich begrüßenswert, stellt er doch den ersten Versuch einer ideologischen Quantifizierung dieser Berufsgruppe im Nationalsozialismus überhaupt dar. Besonders in Verbindung mit den Forschungsergebnissen Wolfgang Webers¹⁰⁷ lassen sich aussagekräftige Erkenntnisse über Berufungspraxis und -politik in der Zeit des Nationalsozialismus gewinnen.

Im einzelnen gelangt Wolf zu folgenden Erkenntnissen: Der ersten Gruppe, den „politischen Historikern“ gehörten zehn Vertreter der Alten Geschichte¹⁰⁸,

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ So Heimpel 1949 in einem Brief an Gerhard Ritter. Nach: ebd. 43.

¹⁰⁴ Wolf, Litteris.

¹⁰⁵ Die Gründe für die Aufstellung dieses Kriterienkatalogs ebenso wie die nähere Erläuterung der einzelnen Kriterien in: ebd. 83 f.

¹⁰⁶ Ebd. 85.

¹⁰⁷ Weber, Priester.

¹⁰⁸ HB, UK, EK, FM2, WO, FS3, HES, FT1, JV, WW.

sieben der Mediävistik¹⁰⁹, 23 der Mittleren und Neueren Geschichte¹¹⁰, 29 der Neueren Geschichte¹¹¹, fünf der Osteuropäischen Geschichte¹¹² sowie zehn Vertreter anderer historischer Lehrgebiete¹¹³ an. Aus dieser 84-köpfigen Gruppe erhielten 1933 bzw. 1938 insgesamt 28 Personen einen Lehrstuhl¹¹⁴. Zur zweiten Gruppe der politisch mäßig engagierten rechnet Wolf 15 Vertreter der Alten Geschichte¹¹⁵, 11 der Mediävistik¹¹⁶, sieben der Mittleren und Neueren Geschichte¹¹⁷, acht der Neueren Geschichte¹¹⁸, drei der Osteuropäischen Geschichte¹¹⁹ und zwei Vertreter anderer Lehrgebiete¹²⁰. Von den 46 Personen aus dieser Gruppe erhielten 24 einen Ruf nach 1933 bzw. 1938¹²¹. Politisch nicht engagiert bzw. nicht einzuordnen sind Wolf zufolge 16 Vertreter der Alten Geschichte¹²², neun Mediävisten¹²³, acht Vertreter der Mittleren und Neueren Geschichte¹²⁴, sechs der Neueren Geschichte¹²⁵, vier der Osteuropäischen Geschichte¹²⁶ und zehn anderer Lehrgebiete¹²⁷. Aus dieser 53-köpfigen Gruppe erhielten 24 einen Ruf nach 1933 bzw. 1938¹²⁸.

So verdienstvoll der Wolf'sche Versuch einer Quantifizierung des Problems auch ist, zieht ihre Kategorisierung doch eine Reihe von Zusatzfragen bzw. neuen Problemen nach sich. Zum Beispiel vermögen die Auswahlkriterien für die jeweilige Gruppenzuordnung nicht zu verhindern, daß sich in der ersten Gruppe der „politischen Historiker“ durchaus unterschiedliche Charaktere wie die erklärten Nationalsozialisten Martin Spahn, Günther Franz oder Kleophas Pleyer neben offen NS-kritischen Historikern wie Franz Schnabel bzw. dem System aus unterschiedlichen Gründen nicht genehmen Fachvertretern finden, die allesamt nach

¹⁰⁹ MB1, WE, HH, HH2, TM, HS1, HZ.

¹¹⁰ EA, HA, OB1, EB, KB1, GF, AH1, JH, SAK, GK2, FK, PK, GK1, EM3, HM, FP, WP, GAR, FR, LS, PES, MS, OW.

¹¹¹ WA, WB1, GB, KB, EB2, OB, UC, WF, FH, HH3, AOM, WM, KAM, HO, KP, KVR, WR, GR, HR1, EAR, HR2, TS, FS4, WS1, HRS, RS, AW1, RW, LZ.

¹¹² OB2, OH1, JP, HU, WW2.

¹¹³ WE1, HG4, AH3, WH, GK3, JK, JKL, EM2, OS, EZ.

¹¹⁴ HES, WE, EA, EB, GF, PK, EM3, HM, FP, OW, KB, UC, KP, KVR, HR1, TS, RS, RW, LZ, OB2, HU, WE1, HG4, WH, GK3, JKL, EM2, EZ.

¹¹⁵ HB2, RE, MG, EH, WK, RL, FO, ASS, PLS, JS, WUG, FV2, HV, UW, EZ1.

¹¹⁶ FB, HD1, FE, HG1, EG, RH, WK1, LP, BS, EES, GT.

¹¹⁷ CB, PF, HG3, KJ, KS2, OV, JZ.

¹¹⁸ FB2, AC, EF1, HG, CH, GR1, OSW, HW1.

¹¹⁹ HK, GS1, FV.

¹²⁰ RK, HW.

¹²¹ HB2, ASS, PLS, JS, FV2, HV, HD1, FE, HG1, EG, WK1, LP, GT, CB, KJ, KS2, OV, FB2, EF1, CH, OSW, HK, GS1, FV.

¹²² WE2, FH1, JH1, AH, WH2, JK1, OL, FM3, AVP, HP, HR, BS1, HS, AS1, KS1, LW.

¹²³ LA, EC, AE, KH, WH1, HWK, WL, ML1, ER.

¹²⁴ HA1, FF, PJ, EK1, GM, EO, PR, HS3.

¹²⁵ AC1, AE1, MG1, HHJ, FL, OV1

¹²⁶ FB3, EK2, RS1, MW.

¹²⁷ FC, RVH, AH2, FH2, BK, FM1, EP, WS3, WV, EW1.

¹²⁸ FH1, AH, WH2, HR, BS1, HS, KS1, LW, LA, HWK, ML1, ER, HA1, FF, PJ, EO, PR, MG1, HHJ, OV1, FH2, FM1, WS3, EW1.

1933 ihre Lehrstühle verloren. Hier seien als Beispiele Otto Hoetzsch (wegen seiner angeblichen „Russenfreundschaft“) oder Hans Rothfels (aus rasseideologischen Gründen) genannt¹²⁹. Insofern darf der Begriff „politischer Historiker“ nicht in allen Fällen gleichgesetzt werden mit „überzeugter“ oder „bekennder Nationalsozialist“. Das freilich bestätigt auch Ursula Wolf. Sie bezeichnet insgesamt 50 Ordinarien oder planmäßige Extraordinarien aus der insgesamt 183 Personen umfassenden Liste als uneingeschränkte „Nationalsozialisten“, von denen 23 nach 1933 bzw. 1938 berufen worden waren. Insgesamt gesehen, zählten 45,9% der von ihr erfaßten Personen zu den politisch engagierten Historikern des Untersuchungszeitraums. Diese Zahlen lassen einerseits darauf schließen, daß die Politisierung der gesamten „Zunft“ nach der „Machtergreifung“ keineswegs stärker war als vorher. Es wird andererseits aber auch deutlich, daß sich nach 1933 die Zahl der erklärten Nationalsozialisten nahezu verdoppelte. Allerdings muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß sich von den nach 1933 bzw. 1938 neu Berufenen 24 politisch gar nicht und weitere 24 kaum politisch betätigten. Das heißt im Umkehrschluß, daß sich maximal etwa 1/3 der nach 1933 Berufenen zu dem vom System geforderten Typus des „kämpferischen Historikers“ zählte. Ganz offensichtlich konnte die Wissenschaftspolitik des Nationalsozialismus unter den Fachvertretern nur eine begrenzte Anzahl von Anhängern finden. Diese Erkenntnisse werden bestätigt durch Aussagen von „kämpferischen“ Lehrstuhlinhabern wie die Wilhelm Engels oder Gerhard Krügers, die sich bereits 1936/37 darüber beklagten, daß sich die Wissenschaft insgesamt gegenüber der neuen Wissenschaftsauffassung resistent zeige, oder die Harold Steinackers, der noch 1940 kritisch darauf hinwies, daß erst ganz wenige Seminare die neue volksorientierte Geschichtswissenschaft praktizierten. Mit einem Umbruch rechnete er erst nach dem „Wegsterben“ der derzeitigen Gelehrtengeneration mit ihrem traditionellen Wissenschaftsverständnis¹³⁰.

3.3. Die Geschichtswissenschaft im Spannungsfeld zwischen „kämpfendem“ und traditionellem Wissenschaftsverständnis

Offensichtlich stellte das traditionelle Wissenschaftsverständnis ein Problem für die „kämpfenden Wissenschaftler“ dar, die sich häufig im Umfeld des von Walter Frank gegründeten „Reichsinstituts für die Geschichte des neuen Deutschland“ bewegten. Die Erklärung für ihre offensichtlich unbefriedigende Resonanz an den Universitätsinstituten war ebenso typisch wie Ausdruck der Hilflosigkeit gegenüber der traditionellen Fachwissenschaft: Die Berufungspolitik der Weimarer Republik habe, so hieß es, eben zu einer starken „Durchsetzung des deutschen Lehrkörpers mit Juden, Freimaurern und Pazifisten“ geführt, wodurch der Einsatz der

¹²⁹ Siehe dazu auch meine Ausführungen in Abschnitt 2.2. dieser Studie.

¹³⁰ Wolf, Litteris 98 f.

Universitäten für den Nationalsozialismus verhindert worden sei¹³¹. In dieser Studie ist bereits der Beweis für die Unsinnigkeit dieser Aussage erbracht worden, so daß sich eine weitere Kommentierung erübrigt. Dennoch gelangen den im Sinne des Nationalsozialismus „kämpfenden“ Historikern einige beachtliche „Coups“. Hier wäre einmal auf die Ablösung Friedrich Meineckes als Herausgeber der Historischen Zeitschrift im Jahre 1935 hinzuweisen, die von Frank als Leiter des Reichsinstituts angestrebt worden war. Allerdings führten letztlich primär verlegerische Entscheidungen zum Wechsel der Herausgeberschaft. Die Gelegenheit veränderter Machtverhältnisse im Reich wurde für günstig genug befunden, um einen Konflikt im Sinne des Oldenbourg-Verlags zu lösen, der schon seit den 20er Jahren zwischen Meinecke und der Verlegerfamilie geschwelt hatte¹³².

Einen deutlich größeren und publikumswirksamen Auftritt hatten die „kämpfenden Historiker“ auf dem 19. Deutschen Historikertag, der vom 5.–7. Juli 1937 in Erfurt stattfand. Diese Veranstaltung, der einzige Historikertag im NS-Deutschland, könnte cum grano salis als der Höhepunkt der Tätigkeit Walter Franks als einer der Wortführer des neuen Wissenschaftsverständnisses bezeichnet werden. Das Tagungsprogramm, an dessen Aufstellung Frank maßgeblich beteiligt gewesen war, vermochte durchaus zu beeindrucken. Die Forderungen nach gesamtdeutschem Denken und Handeln beschränkten sich keineswegs auf die Bereiche Politik und Wirtschaft. In seinem Bericht über den Historikertag umriß Erich Botzenhart einleitend drei Erkenntnisse, die der Kongreß für das „neue“ Geschichtsverständnis gebracht habe: 1. sei der Beweis dafür erbracht worden, daß alle Geschichtsschreibung nur politische Geschichtsschreibung sein könne, 2. habe man erkannt, daß Rasse und Volkstum die tragenden und gestaltenden Faktoren der Geschichtsschreibung seien, und 3. stehe nunmehr fest, daß deutsche Geschichtsschreibung immer gesamtdeutsche Geschichtsschreibung zu sein habe¹³³. Die Aufgabe der Geschichtswissenschaft im „neuen Deutschland“ des Nationalsozialismus beschrieb Botzenhart als die einer „starkherzige[n] Verkünderin [...] großer Taten, [um so mitzuhelfen], ein Geschlecht zu erziehen, das große Taten nicht nur zu verstehen, sondern auch zu erzielen vermöge“¹³⁴. Sie sei dafür bestens gerüstet, weil sie mit Walter Frank ihren kämpferischen Führer und Sprecher gefunden habe¹³⁵.

¹³¹ So der Rektor der „Reichsuniversität Straßburg“, Karl Schmidt, in einem Beitrag über „Form und Wollen der Reichsuniversität Straßburg“ (in: Straßbg. Mh., 5. Jg. 1941, H. 11, 682), zitiert nach: Wolf, Litteris 99.

¹³² Dazu: Wiggershaus-Müller, Nationalsozialismus 57–65.

¹³³ Erich Botzenhart, Der 19. Deutsche Historikertag in Erfurt, 5.–7. Juli 1937, in: HZ 156 (1937) 659–667, hier bes. 662; im folgenden zitiert: Botzenhart, Historikertag.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Über die teilweise an eine Schmierenkomödie erinnernde Vorgeschichte des Erfurter Historikertages informiert ausführlich und detailliert: Heiber, Reichsinstitut 707–727. Heiber informiert auch darüber, daß Botzenhart seine Professur auf Anregung Franks erhalten hatte (ebd. 707), was die Frank-Eloge im Tagungsbericht erklärt, ohne daß sie dadurch weniger peinlich würde, und weist schließlich ebenfalls darauf hin, daß der Historikertag retrospektiv, auch aus der persönlichen Sicht Franks, zumeist als ein Desaster, als eine Pleite für den

Als Vertreter der von ihm so eindringlich geforderten gesamtdeutschen Geschichtsauffassung stellte Botzenhart Heinrich von Srbik und Wilhelm Schüssler vor, jene beiden „älteren Vertreter dieser Wissenschaft“, die den gesamtdeutschen Aspekt zur Grundlage der „neuen deutschen Geschichtsbetrachtung“ gemacht hätten¹³⁶. Srbiks Erfurter Vortrag zählte nach Ansicht des Berichterstatters zu den Höhepunkten der Tagung¹³⁷. Damit trug er einmal dem Vortrag selber Rechnung¹³⁸, andererseits würdigte er Srbiks bekannten Standort in der gesamtdeutschen Frage¹³⁹. Daß sich dies keineswegs nur auf die Frage des österreichischen Anschlusses an das Deutsche Reich bezog, hatte der Gewürdigte wenige Monate vor dem Historikertag, am 12. Februar 1937 auf der Jahresversammlung der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde und der Arbeitsgemeinschaft der Rheinischen Geschichtsvereine in der Aula der Universität Köln unterstrichen. Da die „gesamtdeutsche“ Perspektive für ihn eine die deutschen Reichsgrenzen überwindende „mitteleuropäische“ Komponente besaß, sprach Srbik bei dieser Gelegenheit über „Mitteleuropa. Das Problem und die Versuche seiner Lösung in der deutschen Geschichte“¹⁴⁰. Zur vorrangigen Aufgabe dabei erklärte er die Stabilisierung des europäischen Zentrums. Das schien ihm aus politischer, kultureller und ökonomischer Sicht dringend geboten, „als das größte [...] Volk der Mitte“ sollte das deutsche Volk hier die Führungsrolle übernehmen. Historisch rechtfertigte Srbik diesen Führungsauftrag mit dem Hinweis auf die Verbindung zwischen den Ideen des ersten universalen Reichs und denen des zweiten nationalstaatlichen Reichs in einem Mitteleuropa, in dem freilich „die stärkste Tragfläche und der machtvolle Kern und Schirm ... das deutsche Reich sein“ müsse¹⁴¹. Die Kombination des reichsdeutschen Nationalismus mit dem österreichischen Universalismus stellte für ihn die ideale Ausgangsbasis für eine „völkergerechte“, höhere Form des Zusammenlebens der Deutschen mit den anderen mitteleuropäischen Völkern dar, die auf der Grundlage nationaler Autonomie und eines gleichberechtigten Miteinander ruhen sollte. Die Initiative zu einer solchen „organischen, nicht mechanistischen Ordnung Mitteleuropas“¹⁴² hatte allerdings von der „deutschen Lebensgemeinschaft des Reichs und Österreichs“ auszugehen, an die sich

Vorkämpfer der „neuen deutschen Geschichtsforschung“ gewertet worden sei, da Frank z. B. erkennen mußte, daß die Historikerkunft noch keineswegs geschlossen das „bürgerliche Lager“ verlassen habe und auf die Seite der nationalsozialistischen Geschichtsschreibung übergewechselt sei (ebd. 724 ff.).

¹³⁶ Botzenhart, Historikertag 660.

¹³⁷ Ebd. 666.

¹³⁸ Srbik hatte über „Die französisch-österreichische Geheimkonvention vom 17. Juni 1866“ gesprochen und dabei den Nachweis zu erbringen versucht, daß seinerzeit die Schaffung eines selbständigen Bundesstaates unter österreichischer Führung angestrebt worden war.

¹³⁹ Srbik hatte sich bereits in den 1920er Jahren offen und engagiert für den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich ausgesprochen.

¹⁴⁰ Heinrich von Srbik, Mitteleuropa. Das Problem und Versuche seiner Lösung in der deutschen Geschichte (hrsg. v. d. Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, Weimar 1937); im folgenden zitiert: Srbik, Mitteleuropa.

¹⁴¹ Ebd.

¹⁴² Hier ist das für die 1920er Jahre so typische organologische Weltbild deutlich erkennbar.

die Staaten Ostmittel- und Südosteuropas in Form einer losen politischen Gemeinschaft angliederten. Darin sah Srbik nicht weniger als „die Erfüllung eines ewigen deutschen Traumes und eine große Bürgschaft für den alten Erdteil und die Welt“¹⁴³.

Das Bild, das Heinrich von Srbik also im Februar 1937 von der deutschen Aufgabe in Mitteleuropa zeichnete, war keineswegs neu, sondern könnte als ein Mosaik bezeichnet werden, das aus Einzelteilen all jener Mitteleuropakonzepte zusammengesetzt wurde, die beiderseits der deutsch-österreichischen Grenze seit der Unterzeichnung der Pariser Friedensverträge entworfen worden waren¹⁴⁴. Wilhelm Schüssler griff die Gedanken Srbiks am Ende seines Vortrages vor den in Erfurt versammelten deutschen Historikern wieder auf, als er betonte, daß Mitteleuropa erst dann sinnvoll gestaltet werden könne, „wenn in diesem Raum der Reichsgedanke, der Staatsgedanke und der Volksgedanke eine Verschmelzung eingehen zu einer höheren Wirklichkeit – auf die das deutsche Schicksal seit einem Jahrtausend“ weise¹⁴⁵. Beide waren dem Frank'schen „Reichsinstitut“ verbunden¹⁴⁶. Davon abgesehen fühlte sich Schüssler offenbar Heinrich von Srbik persönlich so nahestehend, daß er ihm das Buch „in alter Verbundenheit“ widmete, in dem sein Erfurter Mitteleuropavortrag abgedruckt war und das den durchaus programmatischen Titel „Deutsche Einheit und gesamtdeutsche Geschichtsbetrachtung“ trug¹⁴⁷.

Darin folgte Schüssler seinem wissenschaftlichen Vorbild argumentativ auf weiten Strecken, auch für ihn stellten die Begriffe „gesamtdeutsch“ und mitteleuropäisch Synonyme dar. Zudem nutzte er die von Srbik aufgezeigte historische Entwicklung der mitteleuropäischen Rolle Deutschlands als Orientierungsfaden durch die Geschichte, der Erste Weltkrieg wurde als Voraussetzung eines gesamtdeutschen Bewußtseins gesehen, ohne das die überfällige Neuordnung der Mitte des europäischen Kontinents nicht durchgeführt werden konnte¹⁴⁸. Diese sollte einen Raum umfassen, der sich entweder geographisch durch die Flußsysteme von Rhein, Elbe, Weichsel, Duna und Dnjestr oder aber kulturhistorisch mit den Siedlungsgrenzen der Deutschen markieren ließ – der „Bühne für das gesamtdeutsche Schicksal“, die ihre „schicksalshafte Einigung“ nur durch die Deutschen erfahren konnte¹⁴⁹. Für Schüssler lag darin die einzige Möglichkeit der Revision der grundlegenden Zerstörung durch die alliierte „Balkanisierung Mitteleuropas“ auf der

¹⁴³ Ebd. 39.

¹⁴⁴ Vgl. dazu die entsprechenden Ausführungen bei: *Elvert*, Mitteleuropa.

¹⁴⁵ *Wilhelm Schüssler*, Mitteleuropa als Schicksal und Wirklichkeit, in: *ders.*, Deutsche Einheit und gesamtdeutsche Geschichtsbetrachtung. Aufsätze und Reden (Stuttgart 1937) 151–189, Zitat 189; im folgenden zitiert: *Schüssler*, Deutsche Einheit.

¹⁴⁶ Zur Zusammensetzung der verschiedenen Institutsorgane vgl.: *Heiber*, Reichsinstitut 262–268.

¹⁴⁷ Text der Widmung in: *Schüssler*, Deutsche Einheit V.

¹⁴⁸ Zur Wesensverwandtheit von „gesamtdeutsch“ und „mitteleuropäisch“ vgl. Schüsslers einleitende Ausführungen auf IX in: ebd.; zur Funktion des Ersten Weltkriegs als Produktionsstätte gesamtdeutschen Bewußtseins siehe: *Schüssler*, Deutsche Einheit 151.

¹⁴⁹ Ebd. 152 f.

Grundlage der „Idee der einen und unteilbaren Nation“, die zugleich den Wiederaufstieg des deutschen Volkes nach dem Weltkrieg verhindern sollte. Statt dessen sei es aber in diesem Raum zu einer „neuen deutschen Machtbildung“ gekommen, dem Ergebnis eines „deutschen Wunders“, gekennzeichnet durch den Sieg des völkischen über das staatliche Denken. Das wiederum habe es ermöglicht, daß sich die Deutschen in Mitteleuropa erstmals in ihrer Geschichte überhaupt als eine Einheit empfanden und damit „Mitteleuropa als gesamtdeutsche Wirklichkeit“ auferstehen konnte¹⁵⁰. Schüssler sah das Deutsche Reich seither in einem Selbstbehauptungskampf als „Reich der Mitte“¹⁵¹, zu dessen quasi legitimer Strategie nicht nur der Einmarsch in das auf Geheiß der Versailler Siegermächte entmilitarisierte Rheinland gehörte, sondern ebenso die Umwandlung des „mitteleuropäischen Kernstaates“ Deutsches Reich als einem föderativen Gebilde in einen zentral gelenkten Einheitsstaat¹⁵². Für Mitteleuropa bedeutete das insgesamt, daß es nun wieder die Möglichkeit zur Wahl zwischen zwei Prinzipien im Umgang mit sich und seinen Völkern besaß – es konnte wählen zwischen dem Toleranzprinzip, so wie es vom Deutschen Reich vertreten wurde, oder aber dem mechanistischen Nationalitätsprinzip westeuropäischen Zuschnitts. Die Wahl erschien Schüssler nicht schwer, da es jedem mitteleuropäischen Politiker einleuchten müsse, daß in dem Maße, in dem die Deutschen ihr Volkstum liebten, sie dieses auch bei anderen Völkern anerkennen würden¹⁵³. Diese Aufforderung war insbesondere an die Tschechoslowakei gerichtet, wo es seit 1933 unter dem Eindruck des politischen Paradigmenwechsels im Deutschen Reich den Sudetendeutschen wieder möglich geworden war, dem „herrschenden Staatsvolk“ „die Schicksalsfrage“ zu stellen und damit – auch im Namen der anderen Minderheiten in der Tschechoslowakei – auf Durchsetzung des völkischen Prinzips zu drängen¹⁵⁴.

Heinrich Ritter von Srbik und Wilhelm Schüssler waren die beiden prominentesten Vertreter des gesamtdeutschen Ansatzes in der deutschen Geschichtswissenschaft der Zwischenkriegszeit. Ihre Arbeiten zeigen, daß das a priori auch eine europäische Perspektive enthielt. Nicht alle Angehörigen der Historikerkunft teilten ihren Standpunkt, doch barg im Sommer 1937 Kritik an solchen Thesen stets das Risiko beruflicher Nachteile in sich. So gesehen, könnte ein ostentatives Fernbleiben von Veranstaltungen, die, wie der Erfurter Historikertag bewußt im Sinne einer demonstrativen Konformität mit dem herrschenden System und dessen historischer Legitimation konzipiert waren, als ein Zeichen der Kritik an dem damit verbundenen Geschichtsverständnis gewertet werden¹⁵⁵. Allerdings besaß ein

¹⁵⁰ Ebd. 182 f.

¹⁵¹ Ebd. 185.

¹⁵² Ebd.

¹⁵³ Ebd. 186.

¹⁵⁴ Ebd. 187.

¹⁵⁵ Im Rahmen von Heibers Ausführungen zum Erfurter Historikertag findet sich auch eine Analyse der Presseberichterstattung. Heiber betont hierin einerseits, daß in der Presse unionso die (öffentlichen und gut besuchten) Vorträge Srbiks und Schüsslers als „Höhepunkt“ und „seelische Höhe“ gehandelt wurden (*Heiber*, Reichsinstitut 714), er zitiert andererseits

Boycott solcher Kongresse allenfalls eine Signalwirkung für Kenner der Szene, der Öffentlichkeit blieben solche Gesten verborgen – im Gegensatz zu den Produkten jener Forschung, die, darin durchaus auf der Linie der Partei, unter anderem auch den mitteleuropäischen Neuordnungsauftrag Gesamtdeutschlands priesen.

Wie schnell unter den politischen Bedingungen des „neuen Deutschland“ aus der gesamtdeutschen eine großdeutsche Perspektive werden konnte, hatte Heinrich von Srbik persönlich erfahren, schließlich war er bei der Vorbereitung der zweiten Auflage seiner Mitteleuropa-Schrift vom Vollzug des Anschlusses im März 1938 überrascht worden. Doch auch wenn er persönlich damit sein „großdeutsches Sehnen nach dem einen Reich“ ebenso als erfüllt betrachten konnte wie das Mitteleuropa, das er „als eine seelische, politische und militärische Einheit im größten Ringen der Weltgeschichte“ schon einmal erblickt hatte, galt es seiner Meinung nach weiterhin, an der „organischen Gliederung Mitteleuropas ... zu arbeiten, da erst nach dem erfolgreichen Abschluß dieses Auftrages die deutsche Aufgabe für Mitteleuropa als beendet“ betrachtet werden könne¹⁵⁶. Offensichtlich zog Srbik zu diesem Zeitpunkt immer noch nicht die Möglichkeit in Betracht, daß das NS-Regime den nunmehr großdeutschen Handlungsrahmen in einem anderen Sinn nutzen konnte, als er von den gesamtdeutschen Historikern, die in ihrer Argumentation auch weiterhin fest im nationalkonservativen oder gar konservativ-revolutionären Denken – primär des völkisch-jungkonservativen Spektrums – verwurzelt waren, verwendet wurde. Auch war ihm, wie es scheint, im März 1938 immer noch nicht klar, daß sich die Auffassung des NS-Regimes vom Begriff des „Völkischen“ und seinen Implikationen für die mitteleuropäische Politik erheblich vom völkischen Denken konservativ-revolutionärer Prägung unterschied, das er seinen Betrachtungen weiterhin zugrunde legte. Möglicherweise wollte Srbik diese Differenzen auch bewußt übersehen, da er sich wie eine Mehrheit der deutschen Historikerschaft zu dieser Zeit für ein Arrangement, wenn nicht gar für eine Zusammenarbeit mit dem NS-Regime entschieden hatte. Auf jeden Fall konnte sich das System seiner Argumente bedienen, denn 20 Monate später, am 19. März 1939, rechtfertigte das Auswärtige Amt dann die Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ als Maßnahme, die ausschließlich der Befriedung Mitteleuropas galt – und konnte sich sicher sein, daß dieses Argument von großen Teilen der deutschen Bevölkerung auch geglaubt wurde¹⁵⁷.

Diejenigen, die nicht daran glaubten, hatten zumeist nicht den Mut, ihre Bedenken öffentlich zu äußern, und zogen, wenigstens noch zu diesem Zeitpunkt, eine wie auch immer gestaltete Form der inneren Emigration dem offenen Widerstand

auch die *Germania* als „diejenige inländische Zeitung, die noch am ehesten wider den Stachel zu locken wagte“, die darauf hinwies, daß „man in Erfurt viele Historiker gesehen habe, die nicht da waren“ (ebd.).

¹⁵⁶ Vgl. dazu das „Nachwort“, aus dem auch sämtliche Zitate entnommen wurden, in: Srbik, *Mitteleuropa*, 2. Auflage, 41 f.

¹⁵⁷ Manfred Overesch, *Friedrich-Wilhelm Saal* unter Mitarbeit von Jork Artelt, *Das Dritte Reich 1933–1939. Eine Tageschronik der Politik, Wirtschaft, Kultur* (Augsburg 21991) 515.

gegen das System vor. Zu letzteren muß auch der Freiburger Historiker Gerhard Ritter¹⁵⁸ gezählt werden, der sich schon seit Jahren über jene Kollegen geärgert hatte, die nach einem Arrangement mit dem System suchten¹⁵⁹. Ritter lehnte zudem entschieden jene Form gesamtdeutscher Historiographie ab, wie sie von Srbik und Schüssler vertreten wurde. Auch wenn er Srbiks Verdienst um die Schaffung einer gesamtdeutschen Geschichtsbetrachtung und damit die Zurückdrängung rein großdeutscher Stimmung und anti-preußischer Pathologie in Österreich durchaus anzuerkennen bereit war, eignete sich seiner Meinung nach die von Srbik „zusammengebraute gesamtdeutsche Ideologie“ bestenfalls als „ideologisches Feigenblatt (oder Propagandamittel) für eine gesamtdeutsche Außenpolitik“. Ihm wurde „angst bei den Gerüchten, die über die letzten Ziele dieser ‚Südostpolitik‘ neustdeutschen Stils (von denen Männer wie Srbik vielleicht nur sehr wenig, höchstens die allgemeinen Umrisse ahnen!) von Zeit zu Zeit“ zu ihm drang¹⁶⁰.

Aber trotz solcher Kritik zählten sowohl Srbik als auch Schüssler immer noch zu den Vertretern eines traditionellen Geschichtsverständnisses. Die „kämpfenden Historiker“ um Walter Frank wollten die Gelegenheit des Erfurter Historikertages freilich auch dazu nutzen, um ihr neues wissenschaftliches Selbstverständnis zu präsentieren. Dazu hatten sie mit Christoph Steding einen Protegé Walter Franks aufgeboten, der ein, wie es bei Botzenhart hieß, bahnbrechendes Plädoyer zugunsten der politischen Historiographie und zugleich heftige Attacken gegen die traditionelle Kulturgeschichtsschreibung und die ganze sie tragende geistige und politische Welt hielt. Stedings Thesen entstammten einem zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend abgeschlossenen Buchmanuskript, das nach seinem plötzlichen Tod 1938 posthum von Walter Frank unter dem Titel „Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur“ herausgegeben wurde¹⁶¹. Hier kann nicht en detail auf das darin formulierte Geschichtsverständnis eingegangen werden – festgestellt sei lediglich, daß Steding sich bereits weit von den sonst üblichen konservativ-revolutionären Denkwelten entfernt hatte. So stößt man hier z. B. auf Be-

¹⁵⁸ Zur Haltung Ritters gegenüber dem Nationalsozialismus vgl. z.B. die biographische Skizze in: *Klaus Schwabe, Rolf Reichardt* (Hrsg.) unter Mitwirkung von *Reinhard Hauf*, Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen (Schriften des Bundesarchivs 33, Boppard a. Rhein 1984) 66f; im folgenden zitiert: *Ritter, Briefe*.

¹⁵⁹ So im Februar 1935 in einem Schreiben an Hermann Oncken. Anlaß dieses Schreibens war ein von Walter Frank verfaßter Artikel, der unter der Überschrift „L'Incorruptible. Studie über Hermann Oncken“ am 3. 2. 1935 im „Völkischer Beobachter“ erschienen war und in welchem Frank, ein Schüler Onckens, seinen Lehrer als einen „epigonenhaften politischen Opportunisten“ beschimpft hatte. Ritter war über diesen Artikel außer sich vor Empörung, besonders „über diese Dreck- und Steinwürfe eines literarischen Straßenräubers“, und überlegte, was er dagegen tun konnte – allerdings ohne zu einem schlüssigen Ergebnis zu kommen. Vgl. dazu: *Ritter, Briefe*, hier Brief Nr. 56 (an Hermann Oncken vom 5. 2. 1935) nebst Anmerkungen, 278 f. Am 8. 7. 1937 teilte Ritter Oncken mit, daß er nicht am Erfurter Historikertag teilgenommen habe (ebd. Brief Nr. 79 [Ritter an Oncken vom 8. 7. 1937] 329).

¹⁶⁰ Ebd. Brief Nr. 79 (Ritter an Oncken vom 4. 7. 1937) 329.

¹⁶¹ *Christoph Steding*, Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur (Hamburg 1942).

griffe wie „germanischen Föderalismus“ oder erfährt, daß ein Charakteristikum der „Dritten Reichsgründung“ der Deutschen die Kongruenz des politischen Willens der Deutschen zur Übereinstimmung mit sich selbst und mit der intensiven Entwicklung der Rassenlehren sei, die es ermögliche, eine zuvor rassisch und politisch diffuse Masse zu einem sehr einheitlich reagierenden, wahrhaft politischen Gebilde umzugestalten.

Solche Aussagen zeichneten Steding zweifellos als einen der Hoffnungsträger der NS-Historie aus. Doch verkörperte er damit ein Geschichtsverständnis, das die etablierten Historiker nicht teilen wollten. Damit blieb dem System in der Tat nur die Hoffnung auf die „nächste Generation“ der Historiker, also unter anderem auf jene, die den „faustischen Pakt“ mit dem System geschlossen hatten. Wie aber Wolfgang J. Mommsen zeigt, klappte auch in diesen Fällen die Zusammenarbeit nur bedingt. Zwar waren Männer wie Schieder und Conze bereit, in der Ostforschung mitzuarbeiten¹⁶², die Motive dafür aber lagen in ihrer wissenschaftlichen Sozialisation und der völkstumspolitischen Prägung der 1920er Jahre, ebenso in ihrer Naivität im Umgang mit dem NS-System. Leichtfertig hatten sie sich auf eine Zusammenarbeit eingelassen und mußten im Laufe der Zeit erkennen, daß ihre eigenen durchaus weitreichenden Neuordnungspläne sich nur bedingt mit den noch wesentlich weiterreichenden Absichten der Nationalsozialisten deckten. Ähnliches gilt im übrigen auch für die Historiker, die sich am sog. „Kriegseinsatz“ der deutschen Geisteswissenschaften¹⁶³ beteiligten. Das zeigen beispielsweise die Ergebnisse eines Kongresses, auf dem sich Anfang Februar 1941 in Nürnberg Mediävisten und Neuzeithistoriker unter dem Generalthema „Das Reich und Europa“ um einen wissenschaftlichen Beitrag zur Feststellung der historischen Dimension des Neuordnungsauftrages für Europa, um den es ihrer Meinung nach im Zweiten Weltkrieg ging, bemühten. Paul Ritterbusch, der damalige Rektor der Universität Kiel und Koordinator des „Kriegseinsatzes“, ging in seinem Geleitwort zu dem zugehörigen Sammelband noch weiter – für ihn handelte es sich um Ausdrucksformen der Suche nach einer Definition der „geschichtlich-politischen Totalität des deutschen Volkstums als Überwindung des unser Volkstum trennenden Staates“¹⁶⁴. Die deutsche Geschichte erschien ihm als der Beleg für den dauernden Versuch des deutschen Volkes, das seit dem Mittelalter von den westeuropäischen Staaten geschaffene pluralistische Staatensystem zu überwinden und zu einer „überstaatlichen Gemeinschaft der europäischen Völker“ zu gelangen, da es „sowohl rassisch-völkisch als auch in seinem Lebensraum die tragende Mitte“ des Kontinents bilde und damit die Geschichte Europas an sich repräsentiere¹⁶⁵. Daraus folgerte er für die deutsche Historiographie, daß

¹⁶² W.J. Mommsen, *Völkstumskampf* 209f.

¹⁶³ Vgl. dazu: Frank-Rutger Hausmann, „Deutsche Geisteswissenschaft“ im Zweiten Weltkrieg. Die „Aktion Ritterbusch“ (1940–1945) (Schriften zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte 1, Dresden, München 1998).

¹⁶⁴ Fritz Hartung u.a., *Das Reich und Europa* (Leipzig 1941) hier: Paul Ritterbusch, Zum Geleit, XI f.; im folgenden zitiert: Hartung, Reich.

¹⁶⁵ Ebd. XII.

sie nicht mehr nur von der Idee und Wirklichkeit des Großdeutschen Reiches in Mitteleuropa bestimmt sein dürfe, sondern darüber hinaus europäisch wirken und danach streben müsse, die „neue Ordnung“ des Kontinents als die historisch begründete „wirkliche Ordnung“ darzustellen, die Europa nicht mehr länger als „ewiges Chaos und ewigen Krieg infolge des Staatenpluralismus“ sah¹⁶⁶.

Ohne Zweifel: Der Jurist Ritterbusch war ein Anhänger der „kämpfenden“ Geschichtsforschung. Dennoch war der Zugriff der beteiligten Historiker auf ihre jeweiligen Untersuchungsgegenstände trotz ihrer Nähe zum NS-System überwiegend traditionell. So hatte der Münchener Althistoriker Hans Zeiss über die Ausbreitung des „germanisch-deutschen Volkstums“ im mitteleuropäischen Raum referiert und daraus die These von einem „geschlossenen germanischen Mitteleuropa“ abgeleitet, das die Grundlage der Geschichte des europäischen Mittelalters und der Neuzeit darstellte¹⁶⁷. Der Berliner Mediävist Fritz Rörig glaubte, diesen Befund bestätigen zu können, und zeigte zugleich die Probleme auf, die seiner Meinung nach den Niedergang des ersten „europäischen Reiches“ eingeleitet hätten: Das Zerschneiden seiner Nord-Südachse nach dem Tode Heinrichs IV. und der Verlust seiner vormaligen politischen Struktur durch die Reformen Friedrichs II. habe die Entstehung jenes europäischen Staatensystems ermöglicht, das von den westeuropäischen Mächten getragen wurde. Ebenso wie diese den staatlichen Pluralismus in Deutschland förderten und damit dessen geschichtlich-politische Einheit beendeten, wurde „Europa als geschichtliches Gebilde zum Vertragssystem seiner Staaten, für das der staatliche Pluralismus die Grundlage bildete“, dessen geschichtliches Gesetz jedoch der „ewige Gegensatz seiner Elemente“ sei¹⁶⁸. Der Marburger Mediävist Theodor Mayer¹⁶⁹ und sein Berliner frühneuzeitlicher Kollege Fritz Hartung¹⁷⁰ schlossen sich in ihren Ausführungen im wesentlichen den bereits skizzierten Positionen ihrer Vorredner an und spannen den historischen Faden des Niederganges deutscher Macht in Europa lediglich bis zum Ende des Ersten Weltkriegs weiter fort. Auch der Hinweis beider auf eine permanente Auseinandersetzung zwischen pluralistisch-westeuropäischen und „organisch-ganzheitlichen“ Tendenzen in der deutschen Politik in den jeweils untersuchten Zeiträumen war keineswegs neu, sondern knüpfte an das bereits unter den konservativen Antidemokraten der Weimarer Republik weitverbreitete deutsche Sonderbewußtsein an. Das trifft auch für die Betonung des im europäischen Vergleich besonderen, vom patriarchalischen Pflichtbewußtsein gegenüber sich selbst und seinen europäischen Nachbarn durchdrungenen Charakters der

¹⁶⁶ Ebd.

¹⁶⁷ Hans Zeiss, Die Ausbreitung der Germanen in Mitteleuropa, in: *Hartung*, Reich 1–21.

¹⁶⁸ Fritz Rörig, Mittelalterliches Kaisertum und die Wende der europäischen Ordnung (1197), in: *Hartung*, Reich 22–51.

¹⁶⁹ Theodor Mayer, Das deutsche Königstum und sein Wirkungsbereich, in: *Hartung*, Reich 52–74.

¹⁷⁰ Fritz Hartung, Die Ausbildung des Absoluten Staates in Österreich und Preußen, in: *Hartung*, Reich 75–90.

Deutschen zu¹⁷¹. Damit ließen sie keinen Zweifel an ihrer Überzeugung, daß „Deutschland“ im Verlauf seiner Geschichte trotz aller „schädlichen pluralistischen Einflüsse“ niemals seinen „europäischen Auftrag“ vergessen habe. Und wenn Hitler, das „wahrhaft weltgeschichtliche Individuum“¹⁷², in ihrer Beweisführung nur noch hier anzuknüpfen brauchte, um diesen im Sinne der „neuen europäischen Ordnung“ zu vollenden, wird deutlich, daß sich der Standpunkt beider zum Nationalsozialismus im Vergleich zu dem vieler Fachkollegen des Jahres 1933 kaum weiterentwickelt hatte¹⁷³.

4. Fazit

Fünf Punkte erscheinen von Bedeutung bei der Positionsbestimmung der Geschichtswissenschaften im „Dritten Reich“:

1. Läßt sich diese Positionsbestimmung nicht ohne eine angemessene Berücksichtigung der Geschichte des Faches in der Weimarer Republik vornehmen. Denn angesichts der als krisenhaft empfundenen Nachkriegszeit hatte sich eine Mehrheit der Historiker schon damals dazu verpflichtet, Auswege aus der Krise aufzuzeigen. Dafür bemühten sie die deutsche Geschichte, die – unter bewußter Fortsetzung des vor und während des Ersten Weltkrieges unter den Intellektuellen der kriegführenden Staaten geführten „Krieges der Worte“ – als eine besondere Alternative zum Politikverständnis der Siegermächte dargestellt wurde. Zugleich leitete die Wissenschaft daraus einen unter deutscher Führung vorzunehmenden Neuordnungsauftrag für Zentraleuropa ab. Diese Haltung schloß zugleich eine Akzeptanz der Republik von Weimar aus. Deswegen war nur eine Minderheit unter den Historikern bereit, sich aktiv für die erste deutsche Republik einzusetzen, entschieden größer war der Anteil der erklärtermaßen anti-republikanischen Historiker.

2. Beurteilten auch die anti-republikanischen Historiker die nationalsozialistische „Machtergreifung“ nicht durchgehend positiv. Kritik wurde geübt am Massencharakter der Partei, ebenso an bestimmten Aspekten des Parteiprogramms. Freilich erhofften sie sich mehrheitlich die Schaffung eines politischen Rahmens, der ihnen die Realisierung ihrer jeweils eigenen Neuordnungsvorstellungen von Gesellschaft und Staat ermöglichte. Deswegen wurde vor der Regierungsübernahme durch die NSDAP nur vorsichtige Kritik am politischen Kurs dieser Partei geübt. Diese Zurückhaltung in Verbindung mit offener Kritik am republikanischen System erleichterte dem Nationalsozialismus die Machtübernahme, zumal dadurch in der Bevölkerung Hoffnungen geschürt wurden, die anscheinend nur von einer NS-Regierung erfüllt werden konnten.

¹⁷¹ Vgl. dazu z. B.: *Hartung*, Reich 87 ff.

¹⁷² Zitiert nach: *Hartung*, Reich XII.

¹⁷³ Vgl. dazu meine Ausführungen zu Beginn von Abschnitt 3.2.

3. Spiegelten die nationalsozialistischen Erwartungen an die Geschichtswissenschaften, soweit sie erkennbar sind, den für die NS-Ideologie insgesamt typischen Eklektizismus einschließlich ihrer Heterogenität. Die NS-Propaganda wußte allerdings die von den nationalkonservativen antidemokratischen Historikern geschürte Stimmung zur Untermauerung ihrer Forderung nach einer Reorganisation der Gesellschaft und einer staatlichen Neuordnung Gesamt- bzw. Großdeutschlands und Zentraleuropas zu nutzen. Darüber hinaus erwartete das NS-System eine uneingeschränkte Unterstützung der „neuen Ordnung“ durch die Geschichtswissenschaften. Um dies zu erreichen, wurden in den ersten Jahren nationalsozialistischer Herrschaft mißliebige bzw. kritische Historiker aus dem Dienst gedrängt bzw. entlassen. Andere Entlassungen erfolgten aus rasseideologischen Gründen.

4. Die Haltung der nach 1933 im Amt verbliebenen Historiker war uneinheitlich. Etwa 40% von ihnen entschlossen sich zu einer offenen Kooperation und, damit verbunden, zu einer Nutzung des gegebenen neuen beruflichen Handlungsrahmens. Die meisten Vertreter dieser Gruppe blieben ihrer Haltung – teilweise auch wider besseren Wissens – bis zum Zusammenbruch der NS-Herrschaft treu und waren nicht bereit, warnende Stimmen zur Kenntnis zu nehmen. Eine etwa gleich große Gruppe strebte ein Arrangement mit dem NS-System an und versuchte, im Rahmen des Möglichen das traditionelle Wissenschaftsverständnis zu bewahren. Gelegentliche Lippenbekenntnisse zum System sollten hier jene Freiräume schaffen, die als notwendig erachtet wurden, um wissenschaftlich arbeiten zu können. Nur eine Minderheit aus dieser Gruppe erkannte im Untersuchungszeitraum, daß auch die vermeintlich unpolitische Haltung letztlich das System stützte. Anfängliche Zweifel am NS-System wurde von vielen Vertretern dieser Gruppe dadurch ausgeräumt, daß sie auf eine „Normalisierung“ des NS-Systems im Sinne der Schaffung einer Staatsform hofften, die einer Mehrheit der rechtsintellektuellen Antidemokraten vor 1933 vorschwebte. Nur eine Minderheit unter den Historikern bewahrte sich eine kritische Haltung gegenüber dem NS-System und scheute auch nicht vor Kritik zurück. Freilich erfolgte diese zumeist versteckt in wissenschaftlichen Arbeiten, ohne größere Aufmerksamkeit zu erzielen. In der Regel wurden die Kritiker vom System geduldet, erst nach dem 20. Juli 1944 kam es in größerem Umfang auch zu Verhaftungen.

5. Auch wenn durch die Errichtung des NS-Systems die politische Wirkungsmöglichkeit vorsichtig-skeptischer Stimmen aus dem Kreis der kritischen Fachwissenschaftler weitgehend ausgeschaltet werden konnte, gelang es den überzeugten Nationalsozialisten unter den Historikern nicht, ein einheitlich nationalsozialistisches Geschichtsverständnis oder ein neues Wissenschaftsverständnis im Sinne der „kämpfenden“ Wissenschaft zu schaffen. Das entsprechende Scheitern spiegelt sich zum Beispiel im Schicksal des „Reichsinstituts für die Geschichte des neuen Deutschland“, als ein weiterer Beleg dafür wäre das Festhalten am traditionellen Wissenschaftsverständnis auch bei führenden systemkonformen Historikern zu nennen. Unabhängig davon ließen sich viele Forderungen, die die traditionelle Fachwissenschaft seit Ende des Ersten Weltkrieges erhoben hatte, trefflich

zur Legitimation bestimmter politischer Maßnahmen wie Vollzug des Anschlusses, Annexion der Tschechoslowakei, der „Volkstumspolitik“ in den besetzten Ostgebieten nutzen. Auf die Wissenschaft insgesamt bezogen, ist der Vorwurf der „Beihilfe“ an diesen und anderen Maßnahmen der politischen Führung des „Dritten Reiches“ daher sicherlich angemessen, wenngleich in bezug auf Einzelpersonen angesichts der Vielschichtigkeit des Verhältnisses stets eine Individualprüfung notwendig bleiben wird.

5. Verzeichnis der Siglen

AB	= Albert Brackmann	EB	= Erich Botzenhardt
AB1	= Adolf Baumgartner	EB1	= Ernst Bernheim
AC	= Alexander Cartellieri	EB2	= Erich Brandenburg
AC1	= Anton Chroust	EB3	= Edgar Bonjour
AD	= Alphons Dopsch	EC	= Erich Caspar
AE	= Anton Eitel	ED	= Ernst Daenell
AE1	= Anton Ernstberger	ED1	= Emil Dürr
AF	= August Fournier	EES	= Edmund E. Stengel
AFP	= Alfred Francis Pribram	EF	= Ernst Fabricius
AH	= Alfred Heuß	EF1	= Eugen Franz
AH1	= Adolf Hasenclever	EG	= Erich Frhr. v. Guttenberg
AH2	= Adolf Hofmeister	EG1	= Ernst Gagliardi
AH3	= Adolf Helbok	EH	= Ernst Hohl
AM	= Anton Mell	EK	= Ernst Kornemann
AM1	= Aloys Meister	EK1	= Ernst Kantorowicz
AOM	= Arnold Oskar Meyer	EK2	= Erich König
AS	= Aloys Schulte	EM	= Erich Marcks
AS1	= Adolf Schulten	EM1	= Eduard Meyer
AS2	= Arthur Stein	EM2	= Eugen Meyer
AS3	= Alfred Stern	EM3	= Erich Maschke
ASS	= Alexander Graf Schenck von Stauffenberg	EM4	= Ernst Meyer
AVD	= Alfred von Domaszewski	EO	= Eberhard Otto
AVP	= Anton von Premierstein	EO1	= Emil von Ottenthal
AW	= Albert Werminghoff	EP	= Ernst Perels
AW1	= Adalbert Wahl	ER	= Ernst Rieger
AW2	= Adolf Wilhelm	ET	= Eugen Täubler
BK	= Bruno Kuske	EVS	= Ernst von Stern
BS	= Bernhard Schmeidler	EW	= Emil Werunsky
BS1	= Balduin Saria	EW1	= Eduard Winter
BW	= Bernhard Wyss	EZ	= Egmont Zechlin
CB	= Clemens Bauer	EZ1	= Erich Ziebarth
CC	= Conrad Cichorius	FB	= Friedrich Baethgen
CFLH	= Carl-Frdr. Lehmann-Haupt	FB1	= Friedrich von Bezold
CH	= Carl Hinrichs	FB2	= Ferdinand Bilger
CR	= Carl Rodenberg	FB3	= Friedrich Braun
DS	= Dietrich Schäfer	FC	= Fritz Curschmann
EA	= Ernst Anrich	FE	= Fritz Ernst
EAR	= Ernst August Roloff	FF	= Fritz Fischer
		FG	= Felician Geß

FH	= Fritz Hartung	HES	= Hans-Erich Stier
FH1	= Franz Hampf	HF	= Heinrich Finke
FH2	= Franz Huter	HG	= Hans Glagau
FK	= Fritz Kern	HG1	= Herbert Grundmann
FK1	= Franz Kampers	HG2	= Hermann Grauert
FK2	= Friedrich Keutgen	HG3	= Heinrich Günter
FL	= Friedrich Luckwaldt	HG4	= Helmut Göring
FM	= Friedrich Meinecke	HH	= Hermann Heimpel
FM1	= Friedrich Maeger	HH1	= Hugo Hantsch
FM2	= Franz Miltner	HH2	= Hans Hirsch
FM3	= Friedrich Münzer	HH3	= Hans Herzfeld
FO	= Friedrich Oertel	HHJ	= Hans-Heimar Jacobs
FP	= Franz Petri	HK	= Hans Koch
FR	= Fritz Rörig	HM	= Heinz Maybaum
FR1	= Felix Rachfahl	HN	= Hans Nabholz
FS	= Franz Steinbach	HO	= Hermann Oncken
FS1	= Fedor Schneider	HP	= Hugo Prinz
FS2	= Franz Schehl	HR	= Hans Rudolph
FS3	= Fritz Schachermeyr	HR1	= Hellmuth Roessler
FS4	= Franz Schnabel	HR2	= Hans Rothfels
FS5	= Felix Staehlin	HRB	= Hermann Reincke-Bloch
FT	= Felix Taeger	HRS	= Heinrich Ritter von Srbik
FT1	= Fritz Taeger	HS	= Hans Schaefer
FV	= Fritz Valjavec	HS1	= Harold Steinacker
FV1	= Fritz Vigener	HS2	= Heinrich Swoboda
FV2	= Friedrich Vittinghoff	HS3	= Hans Spangenberg
FW	= Friedrich Wolters	HU	= Hans Uebersberger
GAR	= Gustav Adolf Rein	HV	= Hans Volkmann
GB	= Gisbert Beyerhaus	HW	= Hermann Wopfner
GB1	= Gustav Beckmann	HW1	= Hermann Wätjen
GB2	= Georg Busolt	HWK	= Hans-Walter Klewitz
GF	= Günther Franz	HZ	= Heinz Zatschek
GG	= Gottfried Guggenbühl	IPD	= Ignaz Philipp Dengel
GK	= Georg Kaufmann	JH	= Justus Hashagen
GK1	= Georg Küntzel	JH1	= Johannes Hasebroek
GK2	= Gerhard Kallen	JH2	= Johannes Haller
GK3	= Gerhard Krüger	JJL	= Johann Jacob von Leers
GM	= Georg Mentz	JK	= Johannes Kühn
GMK	= Gerold Meyer v. Knonau	JK1	= Josef Keil
GR	= Gerhard Ritter	JK2	= Johannes Kromayer
GR1	= Gustav Roloff	JK3	= Julius Kaerst
GS	= Gerhard Seeliger	JP	= Joseph Pfitzner
GS1	= Georg Stadtmüller	JS	= Johannes Straub
GT	= Gerd Tellenbach	JV	= Joseph Vogt
GT1	= Gustav Tobler	JZ	= Johannes Ziekursch
GVB	= Georg von Below	KAM	= Karl Alexander v. Müller
HA	= Hermann Aubin	KB	= Kurt Borries
HA1	= Heinrich Appelt	KB1	= Karl Brandi
HB	= Helmut Berve	KH	= Karl Hampe
HB1	= Hermann Bächtold	KJ	= Karl Jordan
HB2	= Hermann Bengtson	KK	= Kurt Kaser
HD	= Hans Delbrück	KM	= Karl Meyer
HD1	= Heinrich Dannenbauer	KP	= Kleophas Pleyer

KS	= Karl Stählin	RH	= Robert Holtzmann
KS1	= Kurt Stade	RH1	= Rudolf Haepke
KS2	= Konrad Schünemann	RK	= Rudolf Kötzschke
KS3	= Karl Spannagel	RL	= Richard Laqueur
KVR	= Kurt von Raumer	RME	= Richard Graf DuMoulin Eckart
LA	= Leonid Arbusow	RS	= Rudolf Stadelmann
LM	= Leonhard von Muralt	RS1	= Richard Salomon
LP	= Ludwig Petry	RVH	= Rudolf von Heckel
LP1	= Ludwig Pastor	RW	= Reinhard Wittram
LS	= Leo Santifaller	SAK	= Siegfried A. Kaehler
LW	= Lothar Wickert	SH	= Sigmund Hellmann
LZ	= Ludwig Zimmermann	TH	= Theodor Henner
MB	= Max Braubach	TM	= Theodor Mayer
MB1	= Max Buchner	TS	= Theodor Schieder
MD	= Michael Doeberl	UC	= Ulrich Crämer
MG	= Matthias Gelzer	UK	= Ulrich Kahrstedt
MG1	= Martin Göhring	UN	= Ulrich Noack
ML	= Max Lehmann	UW	= Ulrich Wilcken
ML1	= Martin Lintzel	VE	= Victor Ehrenberg
ML2	= Max Lenz	WA	= Willy Andreas
MS	= Martin Spahn	WB	= Wilhelm Busch
MT	= Michael Tangl	WB1	= Wilhelm Bauer
MW	= Martin Winkler	WE	= Wilhelm Engel
OB	= Otto Brandt	WE1	= Walter Elze
OB1	= Otto Becker	WE2	= Wilhelm Enßlin
OB2	= Otto Brunner	WE3	= Wilhelm Erben
OC	= Otto Cuntz	WF	= Werner Frauendienst
OH	= Otto Hintze	WG	= Walter Goetz
OH1	= Otto Hoetzsch	WH	= Willy Hoppe
OK	= Otto Krauske	WH1	= Walther Holtzmann
OL	= Oskar Leuze	WH2	= Willy Hüttl
OR	= Oswald Redlich	WJ	= Walter Judeich
OS	= Otto Scheel	WK	= Walter Kolbe
OS1	= Otto Seeck	WK1	= Walter Kienast
OSW	= Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode	WK2	= Wilhelm Kubitschek
OV	= Otto Vehse	WK3	= Werner Kaegi
OV1	= Otto Vossler	WL	= Wilhelm Levinson
OW	= Otto Westphal	WM	= Wilhelm Mommsen
OW1	= Ottokar Weber	WN	= Werner Näf
PES	= Percy Ernst Schramm	WO	= Walter Otto
PF	= Philipp Funk	WP	= Walter Platzhoff
PJ	= Paul Johansen	WR	= Walter Recke
PK	= Paul Kirn	WS	= Wilhelm Schubart
PLS	= Paul Leberecht Strack	WS1	= Wilhelm Schüssler
PR	= Peter Rassow	WS2	= Walter Stein
PS	= Paul Schweizer	WS3	= Walter Schlesinger
PW	= Philipp Woker	WUG	= Woldemar Graf von Uxkull-Gyllenband
RE	= Rudolf Egger	WV	= Walter Vogel
RF	= Richard Fester	WW	= Wilhelm Weber
RF1	= Richard Feller	WW1	= Wolfgang Windelband
RFK	= Raimund Friedrich Kaindl	WW2	= Wilhelm Wostry